



Landesverband
Sachsen-Anhalt e.V.

(R)echte

Hilfe?

**Soziale Arbeit und der
Rechtsextremismus**



**Monitoring zum Einfluss der
extremen Rechten in Sachsen-Anhalt**





Impressum:

Herausgeber:

AWO Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.
Klausenerstr. 17, 39112 Magdeburg
www.AWO-LSA.de

Verantwortlich:

Wolfgang Schuth, Geschäftsführer

Leitung:

Jan Bartelheimer

Redaktion:

Mario Bialek, Fabian Borghardt, Tilo Giesbers

Juristisch geprüft von: Alexander Hoffmann (Rechtsanwalt)
Rechtsanwaltskanzlei Hoffmann
Eichhofstraße 14, 24116 Kiel

Stand: Magdeburg im Juli 2012

Abdruck, auch in Auszügen, nur mit ausdrücklicher Genehmigung
des Herausgebers. Alle Rechte vorbehalten.



Zusammenhalt
durch Teilhabe

Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Inhaltsverzeichnis

Impressum	1
Inhaltsverzeichnis	2
Abkürzungsverzeichnis	3
Hintergrund der Broschüre	4
Vorwort	5
1. Einschätzungen zur landesweiten NPD- und Neonaziszene	6
1.1 Entwicklung der NPD Sachsen-Anhalt	9
1.2 „Freie“ Neonazistrukturen	12
2. Soziales Engagement von Neonazis im Gemeinwesen	19
2.1 Hartz IV-Proteste	20
2.2 Engagement im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit	22
2.3 Bedeutung der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ in Sachsen-Anhalt	23
2.4 „Ring Nationaler Frauen“	26
2.5 Weitere rechte und neonazistische Vorfeldstrukturen	28
3. Rechtsextreme Musiklandschaft in Sachsen-Anhalt	30
4. Opfer rechter Gewalt	35
Schlussbetrachtung	36
Anhang	37
a) Resümee der zurückliegenden Landtagswahl in Sachsen-Anhalt	37
b) Verkaufsgeschäfte und Internetversände in Sachsen-Anhalt	38

**(R)echte
Hilfe?**

**Soziale Arbeit und der
Rechtsextremismus**

Abkürzungsverzeichnis

AG	Aktionsgruppe
AK	Arbeitskreis
AWO	Arbeiterwohlfahrt
B&H	Blood and Honour
BfsG	Bürger für soziale Gerechtigkeit e.V.
BI	Bürgerinitiative gegen staatliche Abzocke
BM	Black Metal
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DIE LINKE	Partei Die Linke
DP	Deutsche Partei
DVU	Deutsche Volksunion
FNAW	Freien Nationalisten Altmark-West
HDJ	Heimattreue Deutsche Jugend
HJ	Hitlerjugend
HNG	Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.
IFS	Institut für Staatspolitik
IG	Interessengemeinschaft
JLO	Junge Landsmannschaft Ostdeutschland e.V.
JN	Jungen Nationaldemokraten (Jugendorganisation der NPD)
KC	Kategorie C
KPV	Kommunalpolitische Vereinigung der NPD
KSVH	Kameradschaftsverband Vorharz
MDR	Mitteldeutscher Rundfunk
MZ	Mitteldeutsche Zeitung
NB	Nationalen Beobachter
NBK	Nationaler Bildungskreis
NF	National Front
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NS	Nationalsozialismus
NSAM	Nationales und Soziales Aktionsbündnis Mitteldeutschland
NSBM	National Socialist oder Nationalsozialistischer Black Metal
NSHC	Nationalsozialistischer Hardcore
ORTZ	Offener Runder Tisch Zeit
pB	pennale Burschenschaft
RAC	Rock Against Communism (dt.: Rock gegen Kommunismus)
REP	Republikaner
RNF	Ring Nationaler Frauen
S.E.K.	Skinhead Einsatz Kommando
SA	Sturmabteilung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
SSSA	Selbstschutz Sachsen-Anhalt
StuRa	Studierendenrat
UN	Unabhängigen Nachrichten
USA	United States of America
WGT	Wave-Gothik-Treffen
WJ	Wikingjugend

Hintergrund der Broschüre

In Vorbereitung einer verbandsinternen modularen Fort- und Weiterbildungsreihe zum Rechtsextremismus in der Sozialen Arbeit hat der AWO Landesverband Sachsen-Anhalt e.V. ein Monitoring zur Problemanalyse initiiert. Schwerpunkt des Monitorings ist neben einem aktuellen, umfänglichen und allgemeinen Überblick zur extrem rechten Szene in Sachsen-Anhalt ihr mögliches Hineinwirken in den Bereich der Sozialen Arbeit. Ein Extrakt dieses Monitorings stellt den Hauptbestandteil dieser Broschüre dar. Ziel ist insbesondere die Thematisierung und Sensibilisierung im Bereich der Sozialen Arbeit gegenüber rechten und menschenfeindlichen Tendenzen und Ereignissen.

Gerade im Bereich der Sozialen Arbeit, die tief in lokalen Sozialsystemen verankert ist, stehen Informationstransfer, kritischer Diskurs und Intervention u.a. bei rechtsmotivierten Ereignissen oft Hemmnissen gegenüber. Die Beziehungsarbeit zu Klienten steht im Vordergrund, was notwendige Kritik erschwert. Hier scheint die Dunkelziffer rechtsmotivierter Sach- und Ereignislagen weit höher zu liegen, als öffentlich wahrnehmbar ist. Mehr noch in ländlichen Gegenden als in Städten sind Rechte und Neonazis teilweise akzeptierte Mitglieder im kommunalen Sozialraum. Wo es gelungen ist, sich als Mitglied oder tragende Kraft in der Gemeinschaft vor Ort zu etablieren, ist eine Skandalisierung ihrer menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Ideologie meist ungemein schwieriger.

Diesen Umstand gezielt zu nutzen, verstehen Rechte und Neonazis meist sehr gut. Sensibilität und Handlungssicherheit zu entwickeln, um die Wirkungsmächtigkeit demokratiefeindlicher und menschenverachtender Tendenzen einzudämmen, ist dagegen dringend notwendig und Intention des AWO Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. – u.a. mit dieser Broschüre.

Die Beobachtung der rechten und neonazistischen Szene ist ein fundamentaler Baustein für Beratungs-, Informations- und Aufklärungsarbeit gegen deren demokratiegefährdende und grundrechtverletzende Ideologie und Agieren innerhalb der Gesellschaft.

Die für dieses Monitoring verwandten Informationen und Materialien setzen sich aus umfangreichen Quellen zusammen. Dazu zählt u.a. die regelmäßige Auswertung medialer Publikationen (Presseangebote, Internetveröffentlichungen der Neonaziszene, Aufklärungs- und Fachliteratur, Polizeimeldungen, Verfassungsschutzberichte u.a.). Das aufgezeigte Lagebild speist sich zudem aus dem beständigen Informationsaustausch mit BeobachterInnen und JournalistInnen, die sich dem Themenkomplex Neonazismus landesweit und überregional seit Jahren widmen – die sich dabei der Primärquelle soweit wie möglich beobachtend nähern, um das verfälschende Moment zwischen Selbstdarstellung und Außenwahrnehmung der extremen Rechten so weit wie möglich zu minimieren.





Vorwort

Das Feld der Sozialen Arbeit nimmt in der Öffentlichkeit bislang einen weitestgehend unbeachteten Stellenwert in der Stärkung des demokratischen Gemeinwesens ein. Nicht ohne Grund riefen Neonazis in den vergangenen Jahren dazu auf, in sozialen Diensten tätig zu werden. Den Resonanzboden für ihre demokratie- und menschenfeindliche Einstellung finden sie hier nicht nur bei sozial benachteiligten Gruppen, sondern auch bei Menschen, die durch Abstiegsängste und Armut bedroht sind. Ihr angestrebtes Image als „Kümmerer“ können Rechtsextremisten vor allem hier betonen. An dieser Stelle von einer landesweit abgestimmten Strategie der Vereinnahmung sozialer Dienste und Einrichtungen durch Rechtsextremisten auszugehen, wäre zu weit gegriffen. Dass es jedoch Tendenzen einer zunehmenden Vereinnahmung gibt, ist real und soll in der nachfolgenden Broschüre aufgezeigt werden.

Rechtsextremismus ausschließlich als ein Parteienproblem zu betrachten, wäre fatal. Dieser beschränkt sich nicht nur auf Parteien wie die NPD, die lediglich die Spitze eines Eisbergs ist. Jenseits dieser rechtsextremen Parteien befinden sich Sammlungsbewegungen, wie „Freie Kameradschaften“ oder „Autonome Nationalisten“. Ein Dunkelbereich, in dem gewaltbereite, äußerst aktive und zugleich schwer erkennbare Strukturen zu finden sind, die im „Kampf um die Straße“ Menschen bedrohen und gesellschaftliche Räume besetzen wollen.


Die so angestrebte „Inbesitznahme des vopolitischen Raums“ durch diese Neonazis betrifft uns alle. Als „vopolitischer Raum“ ist nicht nur die Struktur der Wohlfahrtspflege gemeint, sondern auch der Sport- und Freizeitbereich, die Feuerwehr oder auch Kultur- und Heimatvereine. Die „Inbesitznahme“ geht über die Vereinnahmung hinaus und meint die Schaffung „national befreiter Zonen“ durch „kulturelle Hegemonie“. In der Praxis äußert sich dies durch: „völkische“ Wohnprojekte, Übernahme von Jugendfreizeittreffs, Mitgliedschaften oder ehrenamtliche Tätigkeiten in Sozialverbänden, korporative Mitgliedschaften rechtsextremer

Vereine in Spitzenverbänden der Wohlfahrtspflege, freie MitarbeiterInnen in Beratungsstellen, Arbeitsvermittlung durch z.B. Bürgerarbeit, ehrenamtliche GeschäftsführerInnen sozialer Einrichtungen (u.a. KITAs), aus denen sich die Kommunen zurückgezogen haben, Engagement im Elternkuratorium in KITAs bis hin zum Elternbeirat in Schulen.

Soziale Arbeit darf nicht zum Durchlauferhitzer politischer Extreme werden. Damit ist zum einen gemeint, dass wir Menschen, denen wir zur Hilfe verpflichtet sind, nicht noch weiter ausgrenzen und stigmatisieren. Zum anderen müssen wir verhindern, dass Strukturen der Wohlfahrtspflege durch Fremden- und Demokratiefeindlichkeit vereinnahmt werden. Als Teil des demokratischen Gemeinwesens will die AWO hierauf Antworten und eigene Wege finden. Zum einen wird dies bereits über verbandsinterne Schulungen gewährleistet, denn Sensibilisierung ist der erste Schritt zum Erkennen von Vereinnahmungstendenzen. Die Offenheit im Umgang mit diesem Thema ist hier eine wichtige Basis. Zum anderen müssen die strukturellen bzw. verbandlichen Voraussetzungen stimmen. Dazu zählen neben unseren AWO-Leitsätzen auch eindeutige Ethikklauseln in Statuten, Satzungen, Ehrenamtsvereinbarungen und Honorarverträgen.

Für die AWO steht seit Gründung die Unterstützung aller Menschen im Vordergrund, die Hilfe benötigen – ungeachtet ihrer Herkunft, Religion oder Lebensweise. Durch das Projekt „Aktivieren. Motivieren. Bestärken.“ können durch Demokratiestammtische Initialzündungen auch nach außen gesetzt werden. Prozesse, die dazu beitragen sollen, dass AWO sich seiner gesamtgesellschaftlichen Aufgabe zur Stärkung des demokratischen Gemeinwesens bewusster wird. Wir bedanken uns für die Unterstützung dieses Vorhabens beim Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des Bundesministeriums des Innern und der umsetzenden Regiestelle in der Bundeszentrale für politische Bildung.


Petra Grimm-Benne
Landesvorsitzende


Wolfgang Schuth
Geschäftsführer



1. Einschätzungen zur landesweiten NPD- und Neonaziszene

Eine zahlenmäßige Einschätzung der Szene lässt sich ausschließlich auf Grundlage der vom Landesverfassungsschutz jährlich bereitgestellten Informationen bewerkstelligen.

Die Gesamtzahlen der Mitglieder der rechtsextremistischen¹ Szene in Sachsen-Anhalt für die Jahre 2004 bis 2009 liegen zwischen 1.230 und 1.570 (vgl. Tabelle 1). Während bundesweit das Gesamtpotential der Szene in den Jahren 2004 bis 2009 stetig von 40.700 auf 26.600 abnahm, folgte Sachsen-Anhalt diesem Trend nicht.

Bezogen auf die Anzahl Rechtsextremer je 100.000 Einwohner ist zu konstatieren, dass Sachsen-Anhalt 2004 noch mit dem bundesweiten Potential auf ähnlichem Niveau lag, in den Folgejahren jedoch weit über dem Bundestrend lag (vgl. Tabelle 2).

Schwerpunkte der rechtsextremen Szene treten oft in sehr unterschiedlicher Form in Erscheinung. Nicht immer muss ein hoher Organisationsgrad einer lokalen Szene mit hohem Aufkommen politisch motivierter Straftaten in Verbindung stehen.

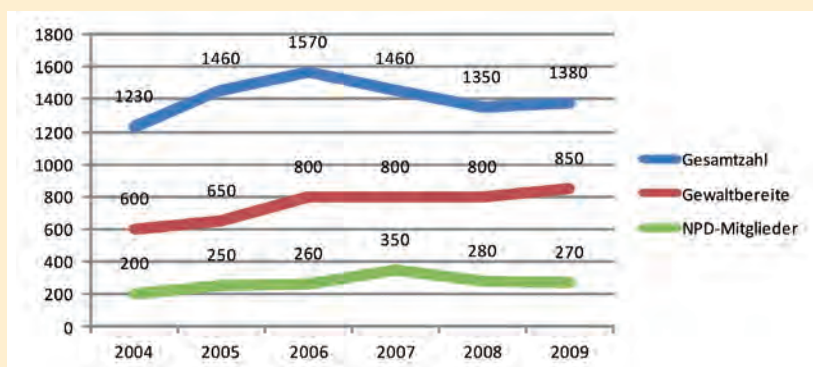


Tabelle 1:

Anzahl Rechtsextremer in Sachsen-Anhalt²

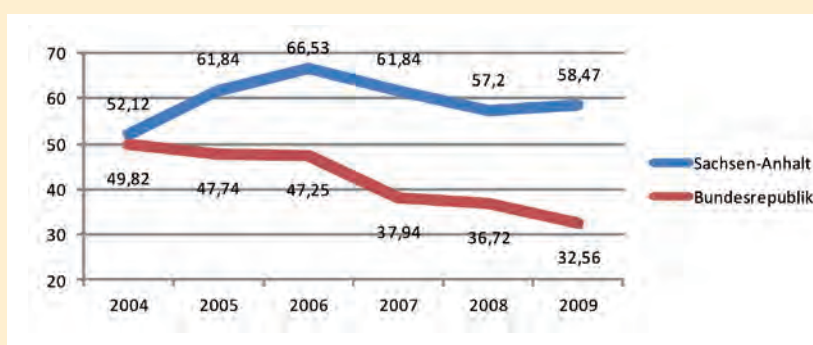


Tabelle 2:

Anzahl Rechtsextremer je 100.000 Einwohner in Sachsen-Anhalt und in der Bundesrepublik³

¹ Der Begriff „Rechtsextremismus“ wird in unterschiedlichen gesellschaftlichen Diskursen kritisiert, weil er für die Analyse des Phänomens Neonazismus untauglich ist. Dem Begriff immanent ist die Darstellung von „Rändern“ des politischen Spektrums, an denen Links- und Rechtsextremisten zu finden seien, die die gesellschaftliche Ordnung der Mitte bedrohen. Ausgeblendet wird dabei, dass rassistische Ressentiments, Antisemitismus, Chauvinismus und andere „rechte“ Einstellungsmuster in der gesamten Bevölkerung zu finden sind. Der Begriff ist dennoch weitgehend etabliert in der Debatte. Seine Verwendung dient somit der hinreichenden Informationsvermittlung.

² Vgl. Zahlen laut Verfassungsschutzbericht der Jahre 2005 bis 2009, Hg; Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt

³ Vgl. Zahlen laut Bundes- und Landesverfassungsschutzberichte 2004 bis 2009, Hg; Ministerium des Innern Sachsen-Anhalt, Bundesinnenministerium

Wo Neonazis im Sozialraum akzeptiert sind, erzeugt diese Situation oft weit weniger Handlungsdruck, mittels Propagandadelikten das „eigene Revier zu markieren“ oder gegen politisch oder weltanschaulich missliebige Personen und Institutionen aktiv zu werden. Vielfach stellen diverse Deliktbereiche eine Komponente jugendtypischer Szeneaktivitäten dar. Junge Rechtsextreme versuchen ihr ideologisiertes Lebensgefühl auszuleben, wollen sich im Spannungsfeld mit demokratischen Kontrahenten ausprobieren und ihren Stand im Geflecht der eigenen Gruppe festigen.

Bei lokalen Gruppen mit junger Altersstruktur ist häufig zu beobachten, dass Aktionspotentiale über Jahre hinweg wellenartigen bzw. fluktuierenden Entwicklungen unterliegen – insbesondere im Bereich von Straftaten.

Neben der Sensibilisierung und Interventionsbereitschaft der demokratischen Zivilgesellschaft spielen hierbei staatliche Repressionsmaßnahmen eine bedeutende Rolle. Im Gegensatz zu Jüngeren, entwickeln gefestigte rechte und neonazistische Strukturen mit einer breiteren Altersspanne oft Methoden, um Repressionen und Rückschläge gegen einzelne Mitglieder abzufedern und gezielt eine Art Jugend- und Agitationsarbeit zu betreiben. Im Bereich der Jugend- und Bildungsarbeit kam in den zurückliegenden Jahren den „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) eine herausgehobene Bedeutung zu. Sie versuchen überregional die Scharnierfunktion zwischen der Partei NPD und den oft parteikritischen Neonazikameradschaften zu erfüllen.

Regionale Schwerpunkte der JN kristallisierten sich in den zurückliegenden Jahren in der Landeshauptstadt Magdeburg, der Region Harz, Halle/Saale und auch dem Salzlandkreis heraus. In anderen Regionen des Bundeslandes sind es teils NPD-Strukturen, teils Netzwerke „Freier Kameradschaften“, die deutlich wahrnehmbar sind.



So kann der Burgenlandkreis für die extreme Rechte als Paradebeispiel für die kommunale Verankerung von NPD-VertreterInnen in der Mitte der Gesellschaft angesehen werden. Im Jerichower Land, Mansfeld-Südharz, Dessau-Roßlau, Anhalt-Bitterfeld oder der Region Altmark hingegen sind es vorwiegend Strukturen parteiungebundener Neonazis – mitunter so genannter „Autonomer Nationalisten“ – die regional und überregional in Erscheinung treten.

In einigen Regionen sind Wirken und Funktion für die NPD problemlos mit dem Agieren in Kameradschaftsstrukturen zu vereinbaren und gelebte Praxis – auch in Personalunion. Anderswo sind harte Konfliktlinien zwischen parlamentarisch und anti-parlamentaristisch orientierten NPD-VertreterInnen erkennbar. Andernorts existiert wiederum eine pragmatische Zusammenarbeit.

In der Praxis treten somit immer wieder NPD-Funktionsträger als Anmelder für Veranstaltungen der Kameradschaftsszene auf, sind Anbieter von hassschürenden und gewaltverherrlichenden Materialien. „Freie Nationalisten“ stehen je nach aktueller Positionierung innerhalb des kritischen Diskurses der als zu angepasst empfundenen Partei gegenüber, z.B. bereit für Wahlkampfunterstützung, Ordnerdienste oder ähnlicher Aufgabenbereiche.

Letztendlich ist hierbei zu resümieren, dass eine verbindliche Aussage immer eines aktuellen Blickes auf die entsprechenden Strukturen durch geeignete ExpertInnen zu diesem Themenkomplex bedarf.

JN-Demonstration
am 7. Juni 2008
in Genthin
Foto: Mario Bialek

Als strategischer Ansatz hinter den Bemühungen zum Schulterschluss zwischen den unterschiedlichen Lagern der Neonaziszene ist das 1997 vom NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt ausgerufene „Drei-Säulen-Modell“ zu sehen. Das „Drei-Säulen-Modell“ zielt auf eine organisationsübergreifende Zusammenarbeit der unterschiedlichen Teile der Szene ab und propagiert den „Kampf um die Straße“, den „Kampf um die Köpfe“ und den „Kampf um die Parlamente“. Ein Dreiklang, der zum Erfolg für das „nationale Lager“ führen soll.

Der „Kampf um die Straße“ zielt mittels versammlungsrechtlicher Veranstaltungen auf schlichte Präsenz und auch Gewalt im öffentlichen Raum ab. Ferner geht es um zahlenmäßige Stärke und Dominanz, die in Kommunen oder Stadtteilen demonstriert werden soll. Der „Kampf um die Köpfe“ meint die Intellektualisierung der Neonaziszene zu unterschiedlichen Themen. Sekundär sind die Bestrebungen darauf ausgelegt, argumentativ weiter in die Mitte der Gesellschaft vorzudringen und vorgebliche Sachkompetenz zu präsentieren. Der „Kampf um die Parlamente“ stellt die Erringung von Mandaten in den Vordergrund – nicht um Sachpolitik zu betreiben, sondern um Parlamente als Propagandabühnen zu nutzen und als Mandatsträger eine vorgebliche Verankerung in Teilen der Bevölkerung darzustellen.

Im Jahr 2004 ist das Modell um eine vierte Säule ergänzt worden. Mit dem „Kampf um den organisierten Willen“ zielen die Neonazistrategen verstärkt auf die Einheit im „nationalen Lager“ ab. Neben dem Schulterschluss zwischen Kameradschaften und NPD rückte hiermit vor allem die parteiübergreifende Zusammenarbeit in den Fokus.

Zentrales Element war der „Deutschlandpakt“ zwischen NPD und Deutsche Volksunion (DVU). Ziel war, bei Wahlen mittels Absprache und regionalen Zuteilungen nicht mehr gegeneinander anzutreten, um damit dem jeweils anderen keine Wählerstimmen zu entziehen.



NPD-Kundgebung am
17. Mai 2008 in Staßfurt
(Andy Knape, Bildmitte,
Peter Walde, links)
Foto: Mario Bialek

1.1 Entwicklung der NPD Sachsen-Anhalt

Gründung und Aufbau

Die Bundespartei hat sich im Jahr 1964 gegründet, hat nach aktuellem Kenntnisstand etwa 7.000 Mitglieder, ein Durchschnittsalter von 37 Jahren und nach Eigenangaben einen Frauenanteil von etwa 27 Prozent. Der sachsen-anhaltische NPD-Landesverband gründete sich infolge der Wendezeit bereits im Frühjahr 1990. Bis 1997 kam der Partei in Sachsen-Anhalt kaum eine Bedeutung zu. Erst durch den gezielten Schulterschluss mit Neonazikameradschaften wurde versucht, die öffentliche Geltung des NPD-Landesverbandes zu erhöhen. Seit dem 05. Juni 2011 hat der Ex-Republikaner Ingo Peter Walde (Hecklingen) das Amt des Landesvorsitzenden inne.



Seit 1990 stellte sich die neonazistische Partei in Sachsen-Anhalt erst am 20. März 2011 erstmals wieder einer Landtagswahl. Bei den Wahlen 1990 erreichte die NPD mit 1.924 Zweitstimmen landesweit lediglich 0,1 Prozent. In den Folgejahren traten Kandidaten der NPD vornehmlich zu Kommunalwahlen an.

Die ersten beiden Mandate wurden 1999 errungen. Hinzu kam Lutz Battke, der damals noch als Einzelbewerber in den Stadtrat von Laucha einzog und erst später auf der NPD-Liste kandidierte. 2004 konnte die NPD bereits acht Kommunalmandate in Sachsen-Anhalt vorweisen. Bei den Kommunalwahlen 2007 fielen insgesamt 15 Mandate in sachsen-anhaltischen Kreistagen an extrem rechte AkteurlInnen. Weitere 19 NPD-Mandate brachten die Ergebnisse der Kommunalwahlen 2009. Die NPD hat faktisch von insgesamt 32 Kommunalmandaten in Sachsen-Anhalt noch 30 inne.

Zwei Mandate wurden niedergelegt. Der Magdeburger Matthias Gärtner sitzt nach seinem Austritt als Parteiloser im Stadtrat. Der in Dessau-Roßlau für die DVU gewählte Mandatsträger Ingmar Knop ist mittlerweile NPD-Funktionsträger.

Wahrnehmbare Professionalisierungsbestrebungen seitens der sachsen-anhaltischen NPD-Strukturen setzten spätestens seit dem Jahr 2005 ein. Mit der Gründung des Landesverbandes der JN im August 2005, wurde ein wichtiger Grundstein für den erneut betriebenen Schulterschluss mit dem parteikritischen Teil der Szene gelegt. Zentrale Funktionsträger der JN in Sachsen-Anhalt sind Gymnasiasten und Studenten, die sich die Intellektualisierung der Neonaziszene auf die Fahnen geschrieben haben.

Zwei Jahre nach Gründung der Landes-JN hatten deren AktivistInnen ihren bundesweiten Anspruch geltend gemacht. Infolge der Bundesvorstandswahlen der Partei-Jugendorganisation im Oktober 2007, nahmen JN-Mitglieder aus dem hiesigen Bundesland die Mehrzahl des Bundesgremiums ein. Vier von sieben Vorstandsmitgliedern stammten demnach aus Sachsen-Anhalt – eine deutliche Schwerpunktverlagerung bundesweiter JN-Aktivitäten nach Sachsen-Anhalt war seitdem zu beobachten. Der Bundessitz der NPD-Jugend wechselte nach Bernburg und der Ende 2006 ins Leben gerufene „Nationale Bildungskreis“ (NBK) führte seitdem Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen in dem fortan als „nationales Schulungszentrum“ betitelten Objekt in Bernburg durch.

Vorwiegend VertreterInnen der JN waren es, die fortan innovative, inhaltliche Impulse setzten und in unterschiedlichen Formen den szenetypischen Bedarf nach Aktionismus bedienten. Internetauftritte von NPD-Gliederungen erfuhren eine Modernisierung. Möglichkeiten auf die gesellschaftliche Mitte zu zugehen wurden verstärkt ausgelotet und genutzt.

Im Jahr 2010 strebten NPD und DVU eine Parteienfusion auf Bundesebene an, von der sich die Protagonisten eine qualitativ wie quantitativ gestärkte Rechtspartei versprachen. So sollte es gelingen im „Superwahljahr 2011“ vermehrt Erfolge einzufahren. Um den rechtsgültigen Abschluss der Fusion wird bis heute zwischen einzelnen DVU-Landesverbänden und der Bundesführung der Partei vor Gericht gestritten. Der erhoffte Mitgliederzuwachs blieb aus. Zudem sind beide Bundesparteien finanziell schwer angeschlagen. Das Scheitern bei der Landtagswahl am 20. März 2011 in Sachsen-Anhalt hat die landesweiten Strukturen zudem zurückgeworfen, was wiederum ein Erstarren radikaler Teile der Szene erkennen lässt.

Regionale Infrastruktur

Seit Dezember 2009 unterhält die Partei Räumlichkeiten in Halberstadt, welche seit Bezug als Landesgeschäftsstelle angepriesen werden. Hier bietet die NPD nach Eigenangaben einmal wöchentlich „Bürgersprechstunde(n) und Beratungsangebot(e) durch unsere Kommunalpolitiker“ an.

Ein weiteres Objekt mit überregionaler Relevanz, in dem immer wieder Veranstaltungen der Neonaziszene stattfinden, ist ein kleiner Hof in Sotterhausen, heute ein Ortsteil der Stadt Allstedt (Mansfeld-Südharz). Spätestens Mitte 2003 hatte die Kameradschaftsführung der „Ostara Skinheads“ das Anwesen erworben. Die alte Kneipe in dem Gebäude wurde mit dem passenden Namen „Zum Thingplatz“ (nach dem angeblichen, alten Thing auf dem direkt angrenzenden Dorfplatz benannt) wiedereröffnet. Hier sind u.a. der landesweit bekannte Neonaziaktivist Enrico Marx und seine Lebensgefährtin, NPD-Kreistagsmitglied, Judith Rothe wohnhaft.

Seither fanden in Sotterhausen diverse Neonazikonzerte statt, die zu einem kleinen Teil durch die Polizei aufgelöst wurden. Bis heute sollen „Freitagspartys“, teilweise mit „öffentlichen Proben“ von Neonazibands veranstaltet werden.⁴ Zu den vielfältigen rechten Aktivitäten in Sotterhausen zählen auch Schulungsveranstaltungen, Kameradschaftsabende und NPD-Treffen. Am 16. September 2006 wurde dort auch der „Ring nationaler Frauen“ (RNF), die NPD-Frauenorganisation gegründet.

In der Landeshauptstadt Magdeburg gab es in den letzten zehn Jahren eine Reihe von Räumlichkeiten, die von Neonazis angemietet oder gepachtet worden waren. Von 2001 bis Mitte 2002 betrieb der damalige NPD-Kreisvorsitzende die Kneipe „Zum Reinheitsgebot“, in der u.a. Schulungen und Rechtsrockkonzerte stattfanden.



NPD-Landesgeschäftsstelle in Halberstadt

Foto: Mario Bialek

⁴ Vgl. Verfassungsschutzbericht des Landes Sachsen-Anhalt 2008, S.13, Hg: Ministerium des Innern Sachsen-Anhalt

Ein paar Jahre später mietete der Neonaziverein „Sport- und Freizeittreff e.V.“ bis 2008 Räumlichkeiten in der Johannes-R.-Becher-Straße an. Dort wurde der nach einer SS-Standarte benannte „Club Standarte 26“ betrieben „(auch „Club S26“ genannt)“.

Seit Februar 2010 hat das Schloss Trebnitz bei Könnern (Salzlandkreis) neue Eigentümer: Thomas „Steiner“ Wulff (Teldau/Mecklenburg-Vorpommern) und Axel Schunk (Stockstadt am Main/Bayern). Wulff war bis vor kurzem Bundesvorstandsmitglied der NPD, gehört aber seit den 80er Jahren fest zur parteiungebundenen Neonaziszene.

Er ist einer der einflussreichsten Kader der „Freien“ Strukturen. Offenbar soll in Trebnitz ein Neonazizentrum eingerichtet werden. Seit dem Kauf sind dort Renovierungsmaßnahmen unter Federführung des ehemaligen NPD-Funktionsträgers Jens Bauer (Klein Wanzleben) zu beobachten.

In Schnellroda (Saalekreis) befindet sich das „Rittergut Schnellroda“. Dort hat das im Jahr 2000 gegründete „Institut für Staatspolitik“ (IfS) seinen Sitz, das regelmäßig sogenannte „Sommer-“ oder „Winter-Akademien“ veranstaltet.

Referenten des IfS schreiben u.a. für die rechte Wochenzeitung „Junge Freiheit“ und die ebenfalls in Schnellroda erscheinende, institutseigene Zeitschrift „Sezession“.

Der Vierseitenhof „Haus Petzold“ im Örtchen Steinbrücken (Stadt Mansfeld / Mansfeld-Südharz), hält wiederholt seit 2006 für die jährlich stattfindenden sogenannten „Preußischen Akademien“ der „Junge Landsmannschaft Ostdeutschland“ (JLO) her, bei denen diverse Neonazis und VertreterInnen der sogenannten „Neuen Rechten“ als Redner auftreten. Die JLO ist bisher Veranstalterin der jährlichen Großaufmärsche im Februar in Dresden gewesen. Gekauft wurde der Hof Ende 2001 vom JLO-Bundesvorsitzenden Christian Schaar (Birkenau, Hessen) und dessen Stellvertreter Dirk Pott (Blaichach, Bayern).



Schloss Trebnitz
Foto: Mario Bialek

1.2 „Freie“ Neonazistrukturen

Infolge der Verbote einer ganzen Reihe neonazistischer Organisationen in der ersten Hälfte der 90er Jahre entwickelte sich – in Anlehnung an Organisationsformen der linken Autonomen – das Konzept der „Freien“ oder später auch „Autonomen Kameradschaften“. Diese sollten keine offiziellen Vorstände oder Mitgliedslisten haben, um staatlichen Stellen weniger Angriffsfläche zu bieten. Auch als Folge von Verboten gegen einzelne Gruppierungen ist das Beleben der „Jungen Nationaldemokraten“ zu verstehen, die mit der betonten „formaljuristischen“⁵ Zugehörigkeit zur NPD auf der einen Seite den Schutz des Parteiengesetzes suchen und auf der anderen Seite die Besetzung des „vopolitischen Raumes“ einschließlich radikaler Vorgehensweise propagieren.

Beispiele überregionaler Bündnisse sind das Ende der 1990er konzipierte „Nationale und Soziale Aktionsbündnis Mitteldeutschland“ (NSAM), mit Wirkungsraum Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Berlin, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt, das in den 1990er existierende sogenannte „Aktionsbüro Mitte“ oder das etwa von 2000 bis 2009 aktive Netzwerk der „Nationalen Beobachter“ (NB). Einige regionale Neonaziszene lehnten und/oder lehnen eine Anbindung an die NPD/JN ab. Ein stark fluktuierendes Bündnis solcher „Kameradschaften“ ist das „Freie Netz“, das Ableger derzeit vor allem in verschiedenen sächsischen und thüringischen Regionen, aber auch in Sachsen-Anhalt und Bayern hat.

Altmarkkreis Salzwedel:

Seit 1997/1998 war aus der Region in erster Linie der „Selbstschutz Sachsen-Anhalt“ (SS-SA) um Mirko Appelt bekannt, der überregional in erster Linie Absicherung rechter Veranstaltungen anbot.



Neonazidemonstration am 29. Dezember 2007 in Stendal
Foto: Mario Bialek

2005 wurden dann die „Freien Nationalisten Altmark-West“ (FNAW) bekannt, die aus dem Zusammenschluss ehemaliger Kameradschaftsgruppen aus den Bereichen Gardelegen, Klötze und Salzwedel hervorgingen.

War in der Altmark im Jahr 2006 keine Zusammenarbeit mit den in Sachsen-Anhalt aufblühenden JN-Strukturen erkennbar, so entwickelte sich seit 2007 eine Kooperation zwischen NPD KV Altmark und FNAW anlässlich einer Demonstration. Bis heute stieg das Personenpotential der Neonaziszene von 80-90 (2006) auf bis zu 120 Personen (2010) an.⁶

In unterschiedlichen Städten der Altmark findet in der Regel jedes Jahr kurz vor Jahreswechsel eine Jahresabschlussdemonstration der Neonaziszene statt. Aus dem Umfeld der FNAW wird jedes Jahr in der Altmark ein so genanntes „Schottenfest“ veranstaltet, an dem u.a. zahlreiche Neonazis in Wettkämpfen ihre Kräfte messen. Als im Juni 2009 sich der „Red Devils Charter Salzwedel“ („Hells Angels“-Supporter) gründete, stellte sich schnell heraus, dass ein führendes Mitglied der FNAW zu den „Rockern“ gewechselt ist – später traten auch weitere Vertreter der lokalen Neonaziszene im Umfeld des „Charters“ in Erscheinung.⁷

⁵ Unter <http://jn-buvo.de/index.php/ueber-uns> JN-Bundesverband; „Wer wir sind“, gesehen 06.10.2011

⁶ Vgl. Verfassungsschutzberichte des Landes Sachsen-Anhalt 2006 bis 2010, Hg: Ministerium des Innern Sachsen-Anhalt

⁷ Vgl. Volksstimme, 10. Mai 2011; „Fahnder: Rechtsextreme und Rocker arbeiten eng zusammen“

In den zurückliegenden Jahren hat sich die Führungsperson des „Selbstschutz Sachsen-Anhalt“ (SS-SA) zum Anwärter bei der Rockergruppierung „Hells Angels“ hochgedient, was dazu führte, dass der „SS-SA“ seit 2007/2008 nicht mehr existiert.

Landkreis Stendal:

Im Landkreis Stendal sind aktuell die „Autonomen Nationalisten Stendal“ wahrnehmbar. Im Wesentlichen gilt die Szene als parteiungebunden, unstrukturiert und gewaltbereit. Der „Altmärkische Kreis der Bismarkfreunde“ führt alljährlich in Schönhausen eine Veranstaltung zum Geburtstag Otto von Bismarks durch.

Bördekreis:

Die als gewaltbereit geltende Neonaziszene im Landkreis Börde ist lose organisiert und subkulturell geprägt. Ihr gehören etwa 40 Personen an.⁸ Seit 2006 sind hier z.B. die „Freien Kräfte Ohrekreis“ in Erscheinung getreten. Im selben Jahr wurden zeitweilig die „Kameradschaft Magdeburger Börde“ und das Projekt „Heimatschutz Magdeburger Börde“ festgestellt. Die „Volksfront Börde“ ließ 2007 noch kurzzeitig ihre Existenz im Internet erkennen. Seit 2007 sind die „Nationalen Sozialisten Ohrekreis“ mit dem „Freien Rundbrief Wolmirstedt“ (ab Anfang 2008) in Erscheinung getreten. Seit 2009 ist der „Widerstand Elbe Ohre“ (wahlweise als „Freie Nationalisten Elbe Ohre“) zumindest online präsent gewesen. Der Personenzusammenschluss orientiert sich laut Selbstdarstellung an der Modeerscheinung der „Autonomen Nationalisten“. Seit April 2010 ist das Projekt „Gegenwind – Aktion Nationaler Sozialisten aus dem Bördekreis“ online.

Jerichower Land:

Die im Jerichower Land aktiven Neonazis firmierten in den zurückliegenden Jahren vornehmlich unter dem Namen „Freie Kräfte Burg“, später „Freies Netz Burg“ und orientieren sich demnach auch an der überregionalen Struktur des parteiungebundenen Spektrums, die unter diesem Namen auftritt. Seit 2005 wurden zudem die „Weißen Aktivisten Jerichower Land“ bekannt. Die als rechtsextrem eingestufte Hooligangruppe⁹ („Blue White Street Elite“) ist im April 2008 gerichtlich verboten worden. In der Berufung musste das Verbot im Oktober 2010 wieder aufgehoben werden, weil es sich aus Sicht des Oberverwaltungsgerichtes bei der Gruppierung nicht um einen Zusammenschluss im Sinne des Vereinsgesetzes handele.¹⁰

Laut Landesinnenministerium verdoppelte sich das Personenpotential im Landkreis von 40 (2006) auf bis zu 80 (2010) aktiven Neonazis.¹¹ Diese gelten als sehr gewaltbereit – 2009 war der Landkreis laut Verfassungsschutz an zweiter Stelle im landesweiten Vergleich rechts motivierter Gewalttaten. Die rechte und neonazistische Szene vor Ort nutzte seit Anfang 2008 ein Objekt in Genthin als Treffpunkt – zuvor trafen sich die Neonazis im „Club 88“ in Brettin.

Magdeburg:

In den Jahren 2006 bis 2010 bewegte sich das Personenpotential der Magdeburger Neonaziszene aus Sicht des Landesverfassungsschutzes mit etwa 40 bis 50 Personen auf gleichbleibendem Niveau.¹² Als Organisationsmodelle hielten namentlich seit 1997 die „Freie Nationalisten Magdeburg“, die „Kameradschaft Magdeburg“, die „Kameradschaft Festungsstadt“ oder die „Nationale Sozialisten Magdeburg“ her.

⁸ Vgl. Verfassungsschutzberichte des Landes Sachsen-Anhalt 2007 bis 2010, Hg: Ministerium des Innern Sachsen-Anhalt

⁹ Vgl. Verfassungsschutzbericht des Landes Sachsen-Anhalt 2008, S.33, Hg: Ministerium des Innern Sachsen-Anhalt

¹⁰ Oberverwaltungsgericht des Landes Sachsen-Anhalt - Pressemitteilung Nr.: 012/10 vom 21. Oktober 2010

¹¹ Vgl. Verfassungsschutzberichte des Landes Sachsen-Anhalt 2006 bis 2010, Hg: Ministerium des Innern Sachsen-Anhalt

¹² ebd.



Neonazidemonstration am
15. Januar 2011 in Magdeburg
Foto: Mario Bialek

Bis März 2008 nutzte die Szene den eigenen „Club S26“¹³ in Magdeburg. Ein neu bezogenes Objekt in der Sieverstorstraße wurde im April 2008 durch den Vermieter wieder gekündigt.

Seit November 2008 traf sich die Magdeburger Neonaziszene in angemieteten Räumlichkeiten in der Nähe des Einkaufszentrums Flora Park (offizielle Eröffnung 30. Januar 2009). Ende 2006 fand die Gründung des JN-Stützpunktes Magdeburg statt, in dem sich das Potential von JN, NPD und parteiungebundenen Neonazis bündelte. Bis heute ist in Magdeburg eine enge Kooperation zwischen NPD, JN und „freien“ Neonazis zu konstatieren.

Zentrales Fundament für die gute Zusammenarbeit scheint der jährliche Aufmarsch der „Initiative gegen das Vergessen“ anlässlich der Bombardierung der Stadt im Januar 1945 zu sein.

Der Aufmarsch stellt seit Jahren die größte Neonazidemonstration in Sachsen-Anhalt dar. Die Initiative wird seit Jahren getragen von Aktivisten des freien Kameradschaftsspektrums und heutigen JN-VertreterInnen. Vermehrt hat sich die Magdeburger Szene in Vergangenheit mit Versuchen der Wortergreifungsstrategie hervorgetan und wiederholt teils erfolgreich Veranstaltung demokratischer Akteure für Vielfalt und gegen Rechts gestört. Häufig veranstalteten Magdeburger Neonazis Kundgebungen und Aktionen unter dem Motto: „Wir lassen uns nicht kriminalisieren“.

Landkreis Harz:

Im heutigen Landkreis Harz konstatiert der Landesverfassungsschutz ein neonazistisches Potential von bis zu 80 Personen (2007; 50)¹⁴, mit einem weit höheren Mobilisierungspotential bei szenetypischen Veranstaltungen.

Im Altlandkreis Wernigerode waren seit 1999 gefestigte Strukturen unter den Namen „Freie Nationalisten/Nationale Sozialisten Wernigerode“, ehemals „Wernigeröder Aktionsfront“, ehemals „Kameradschaft Wernigerode“ festzustellen. Nach der Auflösung der „Wernigeröder Aktionsfront“ im Jahr 2005 entstand der landesweit erste JN-Stützpunkt Wernigerode. Der Auflösung ging ein immer intensiver werdender Ermittlungsdruck seitens der Sicherheitsbehörden voraus. Im Altlandkreis Wernigerode ist seither eine enge Kooperation von freien und parteiungebundenen Neonazis zu beobachten.

In den umliegenden Regionen entwickelte sich die Szene eher unorganisiert und subkulturell, aber sehr gewaltbereit.

Hier traten Neonazis in den vergangenen Jahren vornehmlich unter dem Label „Autonome Nationalisten Harz / Aktionsfront Harz“ in Erscheinung. Aus der Region gibt es in jüngerer Zeit Versuche ein Netzwerk „Autonome Bewegung Sachsen-Anhalt / Autonome Nationalisten Sachsen-Anhalt“ zu etablieren.

Durch die Ansiedlung des NPD-Landesverbandes und der JN-Bundesgeschäftsstelle hat sich das Zentrum der Neonaziszene im Landkreis nach Halberstadt verlagert.

Salzlandkreis:

Im Gebiet des heutigen Salzlandkreises sind seit 1998 die „Freien Nationalisten Schönebeck“ bekannt, die seit etwa 2005 unter dem Namen „Nationale Sozialisten Schönebeck“ aktiv waren. Hier waren ein starker Einfluss und eine erkennbare Zusammenarbeit mit der Magdeburger Neonaziszene spürbar. Die „Freien Nationalisten Bernburg-Köthen“ gingen 1998 aus einem Zusammenschluss mit der Kameradschaftsstruktur aus Köthen (Anhalt-Bitterfeld) hervor.

¹³ Unter: <http://www.verfassungsschutzgegenrechtsextremismus.de/de/aktuelles/news-detailansicht/period/1217541600/2678399/archived/artikel/52/auseinandersetzung-zwischen-rechtsextremisten-und-polizei-in-magdeburger-szeneobjekt.html>, gesehen 06.10.2011

¹⁴ Vgl. Verfassungsschutzberichte des Landes Sachsen-Anhalt 2006 bis 2010, Hg: Ministerium des Innern Sachsen-Anhalt

Etwa 2000 wurde eine Gruppierung namens „White Wolves Bernburg“ bekannt. Im Jahr 2009 machte die „Freie Kameradschaft Schönebeck“ mit der Verteilung von Flugblättern auf sich aufmerksam.

In den Jahren 2009 und 2010 traten Szeneangehörige mit der Bezeichnung „Freie Aktivisten Staßfurt“ in Erscheinung. Das Personenpotential im Salzlandkreis schwankte in den Jahren 2008 bis 2010 laut Landesverfassungsschutz zwischen 30 und 50 Neonazis.¹⁵

Anhalt-Bitterfeld:

Im heutigen Landkreis Anhalt-Bitterfeld war mit der damaligen „Kameradschaft Köthen“ 1998 eine der ersten und deutungsmächtigen Kameradschaften im Land aktiv. Die Mitglieder entfalteten vielfältige Aktivitäten. Sie mieteten Räumlichkeiten zum Zwecke von Schulungsveranstaltungen und Freizeitgestaltung an, gründeten 2001 den NPD Kreisverband Anhalt¹⁶ (im Folgejahr wieder aufgelöst) und veranstalteten im Jahr 1999 in Garitz bei Zerbst das größte „Blood & Honour“-Konzert¹⁷ mit. Sie waren überregional stark vernetzt und an strategischen Debatten der Neonaziszene beteiligt.

2001 war zeitweilig die „Bruderschaft Bitterfeld“ aktiv. Nach Gewalttaten und folgenden Verurteilungen für die Führungsperson war der Zusammenschluss in den letzten Jahren nicht mehr wahrnehmbar in Erscheinung getreten. Ab 2008 trat die lokale Neonaziszene unter dem Namen „Freie Nationalisten Anhalt-Bitterfeld“ auf. Die Neonazikameradschaft war vorrangig durch Teilnahme an überregionalen Demonstrationen und kleinen Kundgebungen in Zusammenarbeit mit Neonazis aus Dessau-Roßlau wahrnehmbar.

Weiterhin waren sie an der Durchführung des alljährlichen Trauermarsches in Dessau-Roßlau mitverantwortlich.

Seit 2007 ist aus Köthen die Gruppierung „Freie Nationalisten Coethen/Anhalt“ bekannt geworden. Die Mitglieder traten zuletzt vorwiegend als Teilnehmer von Demonstrationen in Erscheinung. Zudem stieg seitdem das Aufkommen von Propagandadelikten in Köthen an.

In Aken/Elbe besteht seit 2007 eine kleine Gruppe namens „Freie Nationalisten Aken/Elbe“. Im gesamten Landkreis wird das Personenpotential seitens des Landesverfassungsschutzes auf etwa 40 (2008)¹⁸ geschätzt. In den Folgejahren agierte die Neonaziszene zunehmend landkreisübergreifend. Für die Region Dessau-Roßlau und die Landkreise Wittenberg und Anhalt-Bitterfeld werden insgesamt bis zu 80¹⁹ Neonazis konstatiert.

Dessau-Roßlau:

In der heutigen kreisfreien Stadt Dessau-Roßlau sind die „Freien Nationalisten Dessau/Anhalt“ seit 2001 in Erscheinung getreten. Lange Zeit waren diese fast ausschließlich durch kleine Propagandadelikte und Teilnahme an überregionalen Demonstrationen wahrnehmbar. Durch interne Differenzen spaltete sich die Gruppe 2006 in die „Freien Nationalisten Dessau“ und „Freie Nationalisten Dessau/Anhalt“. Folgeprodukt der Spaltung war eine zeitweilige Schwerpunktverlagerung der Führungsperson Alexander Weinert²⁰ in das benachbarte Aken/Elbe. Kurz darauf tauchten dort die „Freien Nationalisten Aken/Elbe“ um seinen Bruder auf.

¹⁵ Vgl. Verfassungsschutzberichte des Landes Sachsen-Anhalt 2008 bis 2010, Hg: Ministerium des Innern Sachsen-Anhalt

¹⁶ Vgl. NPD-Echo („Nationale Zeitung des NPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt“) 01/2002, S.3

¹⁷ Vgl. Drucksache 14/2637, Deutscher Bundestag vom 01.02.2000 und Verfassungsschutzbericht 1999 des Landes Sachsen-Anhalt, Hg.: Ministerium des Innern Sachsen-Anhalt - „Blood & Honour“ ist ein seit 2000 in Deutschland verbotenes neonazistisches Musiknetzwerk, an dem Konzert nahmen etwa 2.000 Neonazis teil.

¹⁸ Vgl. Verfassungsschutzbericht des Landes Sachsen-Anhalt 2008, Hg: Ministerium des Innern Sachsen-Anhalt

¹⁹ Vgl. Verfassungsschutzbericht des Landes Sachsen-Anhalt 2010, Hg: Ministerium des Innern Sachsen-Anhalt

²⁰ Vgl. Verfassungsschutzbericht des Landes Sachsen-Anhalt 2009, S.31 und 2010, S.28, Hg: Ministerium des Innern Sachsen-Anhalt

Seit 2005 (mit Unterbrechung) veranstalten die „Freien Nationalisten Dessau/Anhalt“ einen Trauermarsch anlässlich der Bombardierung der Stadt im März 1945. In den letzten Jahren hat sich der Aufmarsch als fester Termin der Neonaziszene etabliert. Die Teilnehmerzahlen waren zuletzt rückläufig.

In puncto rechtsmotivierter Angriffe war Dessau-Roßlau 2009 Schwerpunkt im Landesvergleich. Die Szene gilt laut Landesverfassungsschutz als gewaltbereit, aber wenig strukturiert.

Seit 2009 treten die Aktivisten nur noch unter dem regionsübergreifenden Namen „Freie Nationalisten Dessau und Anhalt-Bitterfeld“ auf. Für die Region Dessau-Roßlau und die Landkreise Wittenberg und Anhalt-Bitterfeld werden insgesamt bis zu 80²¹ Neonazis konstatiert.

Landkreis Wittenberg:

Im Landkreis Wittenberg hat sich im Jahr 2004 die „Kameradschaft Landkreis Wittenberg“ (ehemals „Kameradschaft Wittenberg“) neu gegründet. Der Vorläufer „Kameradschaft Elbe-Ost“ gehörte Mitte der 1990er Jahre zu den wichtigsten und größten Neonazistrukturen und hatte bundesweite Kontakte.

Auch in den Jahren nach 2000 war im Landkreis das zahlenmäßig größte Potential an Neonazis im Bereich der heutigen Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Ost zu konstatieren. Unter den Namen „Elbsturm Wittenberg“, „Nationale Front Wittenberg“ oder „Kameradschaft Mittelbe“ waren hier jahrelang rege Aktivitäten zu verzeichnen. Der Organisationsgrad ist mittlerweile enorm zurückgegangen. Bis auf die Strukturen des NPD-Kreisverbandes Wittenberg ist die Szene im Landkreis eher subkulturell geprägt und entfaltet wenig Aktivitäten.

Mansfeld-Südharz:

Die Neonaziszene in Mansfeld-Südharz umfasst dem Landesverfassungsschutz nach etwa 30²² Personen, die jedoch nur begrenzt Aktivitäten entfalten.

Als Kristallisationspunkt gilt seit Jahren die Führungsfigur (Enrico Marx) der dortigen „Kameradschaft Ostara“ (auch „Ostara Skinheads“), seit ca. 1995. Die „Freien Nationalen Kräfte Mansfeld-Südharz“ (früher „Kameradschaftsverband Vorharz“ (KSVH), früher „Kameradschaft Hettstedt“) hatten sich 2002 von der „Kameradschaft Ostara“ abgespalten. Von ihnen sind heute keine Aktivitäten mehr zu verzeichnen.

Enrico Marx hingegen ist ein bundesweit bekannter Aktivist des „freien“ Neonazispektrums. Er ist häufig der Logistiker für Neonaziveranstaltungen – er stellt Lautsprecherfahrzeuge, Verpflegung etc. Er fungierte jüngst als Anmelder des Neonaziaufmarsches am 01. Mai 2011 in Halle/Saale.

Halle/Saale:

Namentlich in Erscheinung getreten waren Neonazis in den zurückliegenden Jahren unter den Gruppenbezeichnungen „Weiße Offensive Halle“ (1999), „Freien Kräfte Halle“ (2002), „Nationale Sozialisten Halle“ (2005), als JN-Stützpunkt Halle (2006) und aktuell „Aktionsgruppe Halle-Saalekreis“. Noch im Jahr 2006 konstatierte der Landesverfassungsschutz in Halle ein großes Potential von bis zu 100²³ Personen. Die „Nationalen Sozialisten Halle“, aus denen ab November 2006 der lokale JN-Stützpunkt hervorging, und die „Freien Kräfte Halle“, die aus der „Weißen Offensive Halle“ hervor gingen, stellten die zentralen Organisationsmodelle dar. Der Personenkreis traf sich seit Frühjahr 2006 in einem als „Braunes Haus“ benannten Objekt in Halle.

²¹ Vgl. Verfassungsschutzbericht des Landes Sachsen-Anhalt 2010, Hg: Ministerium des Innern Sachsen-Anhalt

²² Vgl. Verfassungsschutzberichte des Landes Sachsen-Anhalt 2009 und 2010, Hg: Ministerium des Innern Sachsen-Anhalt

²³ Vgl. Verfassungsschutzbericht des Landes Sachsen-Anhalt 2006, Hg: Ministerium des Innern Sachsen-Anhalt

Neonazidemonstration am
18. Juni 2011 in Merseburg
Foto: Mario Bialek



Dieses Objekt war sowohl Treff- und Organisationsmittelpunkt der Gruppierung als auch Wohnstätte für einzelne AktivistInnen. Die „Freien Kräfte“ spalteten sich noch im Jahr 2006 wieder auf.

Die Neonazis gliederten sich daraufhin einerseits der NPD Halle und andererseits den JN-Strukturen an. Verstärkt versuchten die Neonazis der JN Halle in den zurückliegenden Jahren, den Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953 in der DDR zu thematisieren.

In den Folgejahren minimierte sich das Personenpotential laut Verfassungsschutz stetig bis auf 40²⁴ AktivistInnen (2010) nach unten. Das Mobilisierungspotential der lokalen Szene zu Veranstaltungen sei aber „wesentlich größer“. Die Entwicklungen der halleschen Szene waren in den zurückliegenden Jahren stark von persönlichen Differenzen geprägt.

Aus dem Spektrum der „Freien Kräfte Halle“ entwickelten sich seit Mitte 2009 die „AG Halle-Saalekreis“. Die Gruppierung setzt sich aus parteiungebundenen, unorganisierten und eher subkulturell geprägten Neonazis aus Halle und dem umliegenden Saalekreis zusammen und orientiert sich vornehmlich am Stil der so genannten „Autonomen Nationalisten“.

Saalekreis:

Im Saalekreis waren seit 2001 Neonazis unter dem Namen „Freie Kräfte Merseburg“, bzw. „Autonome Kameradschaft Merseburg“, später (2007) als „Freie Nationalisten Merseburg“, bekannt. Im selben Jahr trat zudem die „Sozialrevolutionäre Alternative Querfurt“ in Erscheinung. 2008 kamen als dritte Gruppe im Landkreis die „Freien Nationalisten Bad Lauchstädt“ dazu.

Neben der Untergruppe „Freies Netz Burg“ (Jerichower Land) etablierte sich im Jahr 2008 zeitweilig auch eine „Sektion Freies Netz Merseburg“ (keine Aktivitäten mehr unter diesen Label zu verzeichnen).

Im Bereich der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Süd zählt der Saalekreis als Hochburg rechter Straftaten und Delikte. Seit 2009 sind die zuvor eher lose organisierten Personenzusammenschlüsse im Saalekreis in der „AG Halle-Saalekreis“ aktiv. Im Jahr 2009 konstatierte der Landesverfassungsschutz ein Personenpotential im Landkreis von 80 Neonazis (2008: 40-60). 2010 war die Anzahl mit 60 Personen wieder leicht rückläufig. Wahrnehmbare Zusammenarbeit zwischen den AktivistInnen der „AG Halle-Saalekreis“ und der oft elitär auftretenden NPD-Jugend ist bisher nicht zu konstatieren.

Burgenlandkreis:

Im Burgenlandkreis konstatiert der Landesverfassungsschutz fortwährend lediglich ein Personenpotential von etwa 20 Personen. Feste Kameradschaftsstrukturen sind dort kaum auszumachen. Nur gelegentlich hätten die Sicherheitsbehörden einen kleinen Personenzusammenschluss namens „Nationaler Widerstand Weißenfels“ festgestellt. Aktuell treten verstärkt die Gruppierungen „Aktionsgruppe Weißenfels“ (seit 2011) und „Freie Kräfte Naumburg“ (seit 2012) in Erscheinung.“ In Bad Kösen / OT Saaleck findet im Juli unter Beteiligung von NPD-Mandatsträgern regelmäßig ein Gedenken für die Attentäter von Walther Rathenau statt.

²⁴ Vgl. Verfassungsschutzberichte des Landes Sachsen-Anhalt 2007 bis 2010, Hg: Ministerium des Innern Sachsen-Anhalt

Bei den Kommunalwahlen 2009 trat die NPD allein im Burgenlandkreis mit 34 KandidatInnen an.

Als einer von drei Kandidaten für das Bürgermeisteramt in Laucha an der Unstrut konnte der NPD-Mandatsträger Lutz Battke im November 2010 mit 24 Prozent das zweitbeste Ergebnis erzielen. Aktuell hat die Partei dort zehn Mandate inne.

In dem Landkreis, wo die NPD seit Jahren die höchsten Wahlerfolge in Sachsen-Anhalt verbuchen kann und mit den meisten Mandaten in Kommunalparlamenten vertreten ist, scheint die NPD trotz oder wegen ihrer Ideologie weitaus latenter in der Mitte der Gesellschaft integriert zu sein.

Fazit:

Rechte und neonazistische Tendenzen und Strukturen sind vielerorts in unterschiedlichen Ausprägungen präsent. Aus der Binnenwahrnehmung im eigenen Sozialraum fällt eine kritische Einschätzung zu Personen, die im Alltagsleben vor Ort integriert sind und sich einbringen, oft schwer: Sie packen mit an. Sie stützen die Gemeinschaft. Sie gehören dazu. Ein rechter Spruch, ein Neonazi-T-Shirt oder der Wochenendausflug zu Szene-Events wird gern mal heruntergespielt oder als Privatangelegenheit abgetan. Konflikte werden oft lieber unter den Teppich gekehrt, als sie auszutragen. Für das demokratische Gemeinwesen kann das fatale Folgen mit sich bringen.

Um Sensibilität und einen kritischen Blick vor Ort entwickeln zu können, ist eine kompetente Einschätzung über gemeinwohlgefährdende Tendenzen im Umfeld unerlässlich. Ein Überblick zu rechtsextremen Strukturen in der eigenen Region gehört zweifellos dazu, um Personen und Gruppierungen einordnen zu können, wo dies notwendig ist. Das Phänomen Rechtsextremismus ist eine Herausforderung für nahezu alle Bereiche des Gemeinwesens und stellt eine Bedrohung für den Zusammenhalt der Gesellschaft dar.

2. Soziales Engagement von Neonazis im Gemeinwesen

Neben dem rechtsextrem motivierten Polit-Aktivismus haben auch Neonazis ein Privatleben. Viele der Anhänger neonazistischer Ideologien gehen in ihrer Freizeit ebenso Hobbies wie Sport, Handwerk o.ä. nach. Andere engagieren sich im Tierschutz oder der Freiwilligen Feuerwehr. Bei Betrachtung solcher Aktivitäten darf einerseits nicht verkannt werden, dass sie tatsächlich Spaß am Fußballspielen haben oder es für wichtig halten, gesellschaftliche Akteure wie die Feuerwehr zu organisieren und zu unterstützen. Andererseits schalten Neonazis ihre Ideologie aber nicht aus, wenn sie ein Trikot oder eine Uniform anziehen. Sie lernen im Laufe ihrer „Karriere“ in der rechten Szene sehr genau, wo sie wann, was sagen können, ohne Schwierigkeiten zu bekommen. Umso wichtiger ist es, in allen gesellschaftlichen Bereichen darauf aufmerksam zu achten, wer sich da gerade in einen Verein oder eine Initiative einbringen will. Dies gilt insbesondere dann, wenn es bspw. um Vereinsvorstände oder Positionen geht, in denen die Akteure Einfluss auf die Erziehung von Kindern und Jugendlichen erlangen, oder die ein gewisses gesellschaftliches Renommee mit sich bringen.

Neben den genannten Bereichen gibt es auch verschiedene Bürgerinitiativen und gesellschaftliche Gremien, in die sich Neonazis einzubringen versuchen, teilweise ohne tatsächlich am jeweiligen Thema interessiert zu sein. Hier geht es ihnen meist explizit darum, gesellschaftlichen Einfluss zu erreichen, indem sie als Personen mit ihren Positionen Akzeptanz finden. So hoffen sie, dann auch mit anderen, eindeutigeren Meinungsäußerungen auf offene Ohren zu stoßen, was zu einem Effekt der Gewöhnung führen kann. Ziel ist dabei immer, die weitgehende, politische Isolierung zu durchbrechen. Im Extremfall geht das Mimikry bis zum Versuch, den ideologischen Gegner zu unterwandern, um an interne Informationen zu gelangen.

Der Bereich der sozialen Themen gehört für Neonazis traditionell zu den wichtigsten. Immerhin sind diese Themen historisch und aktuell fester Bestandteil ihrer Programmatik, was sich nicht zuletzt auch in Selbstbezeichnungen wie „Nationalsozialisten“ oder juristisch unverfänglich „Nationale Sozialisten“ zeigt.

Ferner reicht das Spektrum der Aktivitäten von der (versuchten) Beteiligung an zivilgesellschaftlichen Aktionen, über die Organisation eigener Initiativen und das Stellen von Anfragen und Anträgen in Kommunalparlamenten bis zum Engagement in Vereinen oder der Wohlfahrtspflege.

2.1 Hartz IV-Protteste

Als sich im Jahr 2004 in vielen Städten Menschen zu Kundgebungen und Demonstrationen gegen die geplante „Agenda 2010“ zusammenfanden, versuchte die extreme Rechte davon zu profitieren, was ihr auch teilweise gelang. Vielerorts war der extremen Rechten Tür und Tor geöffnet, um sich als gleichberechtigte Akteure neben anderen in der Mitte der Gesellschaft zu präsentieren.

Die Rolle als TeilnehmerInnen von Veranstaltungen war dabei häufig noch das kleinere Problem. In manchen Städten war dies aber bereits gepaart mit der Verteilung eigener Flugblätter, mit denen Hartz IV aus völkisch-neonazistischer Sicht begegnet wurde. Versuche, das „offene Mikrofon“ auf Anti-Hartz-IV-Veranstaltungen zu nutzen, konnten in manchen Fällen unterbunden werden, in anderen Fällen wurde z.B. NPD-StadtratsvertreterInnen offiziell Platz auf der RednerInnenliste eingeräumt.

In Magdeburg, einem Schwerpunkt der Proteste, beteiligten sich Mitglieder der „Kameradschaft Festungsstadt“ - teilweise mit Unterstützung durch die Polizei - an den Demonstrationen. Am 1. November 2004 schließlich griffen Neonazis linke TeilnehmerInnen einer „Montagsdemo“ an.²⁵

Wo es Widerstände gegen die Vereinnahmung durch Neonazis gab, waren teils selbst organisierte Anti-Hartz-IV-Demonstrationen zu konstatieren, wie z.B. in Sangerhausen. Ein Extremfall stellten dabei die Demonstrationen in Köthen dar.

Die erste Köthener Demo gegen Hartz IV wurde im August 2004 aus dem Kreise der Republikaner (REP) angemeldet und mit organisiert.

Zu den über 400 TeilnehmerInnen gehörten ca. 30 Neonazis, darunter bekannte Mitglieder der „Kameradschaft Köthen“, die Flugblätter der NPD-nahen „Unabhängigen Nachrichten“ (UN) verteilten. Neonazis trugen zudem ein Transparent mit dem Slogan „Ich kenne keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche! Kaiser Wilhelm II“.²⁶ Am Endpunkt der Demonstration auf dem Markt war die Stimmung derart aufgeputscht, dass es fast zu einem Sturm des Rathauses kam.

Das „Netzwerk für Demokratie und Toleranz“ Köthen demonstrierte zwischenzeitlich gegen die Nutzung des Themas durch die extreme Rechte. Für die dritte Demonstration, zwei Tage später, wurde zwischen Netzwerk und „Bürgerinitiative gegen staatliche Abzocke“ (BI) eine Kooperation vereinbart. Trotzdem waren „Kameradschaft“ und REP wieder vor Ort und stellten teilweise Ordner für die Versammlung. Laut Mitteldeutscher Zeitung trat in Köthen u.a. der damalige REP-Landesvorsitzende von Niedersachsen als Redner auf.²⁷

Im Zuge der Demonstrationen wurde die „Bürgerinitiative gegen staatliche Abzocke“ (BI) gegründet, die zukünftig Hilfe für Widersprüche gegen kommende Hartz-IV-Bescheide anbot.²⁸ Als Nächstes wurde die Gründung eines Vereins und Anfang Dezember die Einrichtung einer „Tafel“ medial bekundet.²⁹

Dem gegründeten Verein „Bürger für soziale Gerechtigkeit e.V.“ aus Köthen gehörten u.a. Rechtsextreme an. Das vom BfsG genutzte Gelände nutzte auch die lokale Neonaziszene. Dort fanden Schulungsveranstaltungen statt.

²⁵ Unter: http://www.mobile-opferberatung.de/infomaterial/pressemitteilungen_2004/#0, gesehen 04.06.2011.

²⁶ Der letzte deutsche Kaiser hatte den Satz drei Tage nach Beginn des Ersten Weltkrieges am 04.08.1914 auf einer Versammlung der Reichstagsparteien gesagt. Ziel war es, alle Widerstände gegen den Krieg durch eine Betonung der Nation auszubremsen. Nur wenige Abgeordnete, wie Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Clara Zetkin und einige andere SPD-Abgeordnete lehnten diese sogenannte „Burgfriedenpolitik“ ab.

²⁷ Unter: <http://www.mz-web.de/archiv/Demo-mit-Ueberraschung-/HC-10-04-2004-0820000974EB.htm>, gesehen 05.06.2011

²⁸ Unter: <http://www.mz-web.de/archiv/Vereinsgruendung-wird-vorbereitet-/HC-11-30-2004-0820000C2B0A.htm>, gesehen 05.06.2011

²⁹ Unter: <http://www.mz-web.de/archiv/Verein-will-Tafel-gruenden-/HC-12-10-2004-0820000CA011.htm>, gesehen 05.06.2011

Es referierten Rechtsextremisten beispielsweise zum Thema „Verhalten gegenüber Polizei, Staatsschutz und Verfassungsschutz“. Zu den Zuhörern gehörten Neonazis aus der Region Anhalt.³⁰

Dazu kommen Kandidaturen für die NPD bei den Kreistagswahlen 2007, den OB-Wahlen in Zeitz 2008 und 2009 und den zurückliegenden Landtagswahlen 2011. Seit 2009 sitzt sie für die NPD im Zeitzer Stadtrat.

In Zeitz wurden Montagsdemonstrationen vom „Offenen Runden Tisch Zeitz“ (ORTZ) organisiert, zu dem spätestens seit Ende 2004 auch Christel Kasprzyk gehörte.

Ab Juli 2005 meldete Kasprzyk für den „Arbeitskreis Bürger wehrt Euch!“ (AK) eigene Aufmärsche an. Nach Angaben des ORTZ der Mitteldeutschen Zeitung gegenüber wäre sie einem Ausschluss zugekommen, der ihr „wegen wiederholter antijüdischer Äußerungen und weil sie eine Zusammenarbeit mit der NPD nachdrücklich angestrebt“ habe, angedroht worden sei.³¹ Kasprzyk selbst meinte gegenüber der Mitteldeutschen Zeitung, dass sie sich vom ORTZ getrennt habe, weil sie „für eine Unterscheidung zwischen ‚nicht Rechten‘ und ‚Rechten‘ nicht zur Verfügung stehe.“³² Bei der ersten Demo des „AK“ fungierte dann auch der Vorsitzende der damaligen NPD/Freie Wähler-Kreistagsfraktion Andreas Karl (Billroda) als Ordner.³³ Zuletzt gab es im Juli 2010 eine Kundgebung des „AK“ unter dem immer gleichen Motto „Hartz IV – und was sonst noch stört“.³⁴

Die Zusammenarbeit zwischen Kasprzyk und der NPD intensivierte sich.

So verfügt der „AK“ über eine – allerdings nicht aktualisierte – Unterseite auf der Website der NPD Burgenlandkreis.³⁵ Kasprzyk kandidierte bei den wegen Wahlfälschung^{35a} fälligen Neuwahlen des Kreistags für die NPD.

³⁰ Unter: http://www.projektgegenpart.org/gp-chronik/front_content0d99.html?idcatart=1510&lang=1&client=1, gesehen 05.06.2011.

³¹ Unter: <http://www.mz-web.de/archiv/Hartz-IV-Protestanten-erhalten-Konkurrenz/HC-07-02-2005-08200015A88A.htm>, gesehen 05.06.2011

³² Unter: <http://www.mz-web.de/archiv/Kasprzyk-weist-Vorwurf-zurueck/HC-07-08-2005-08200015EF97.htm>, gesehen 05.06.2011

³³ Unter: <http://www.mz-web.de/archiv/Friedlicher-Protest-an-drei-Orten/HC-07-05-2005-08200015C465.htm>, gesehen 05.06.2011

³⁴ Unter: <http://infothek.wordpress.com/2010/08/05/28-juli-2010-zeit/>

³⁵ Unter: <http://www.npd-burgenlandkreis.de/Index/akbw.html>

^{35a} Die Kreistagswahlen 2004 mussten aufgrund gefälschter Unterschriften der „Freien Wählergemeinschaft Burgenlandkreis“ im Jahr 2005 wiederholt werden

2.2 Engagement im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit

Nicht nur die NPD, sondern auch Funktionäre der REP widmeten sich sozialen und pädagogischen Projekten. Der „Verein des deutschen Wortes und Bildung e.V.“ versuchte im Juli 2005, im Rittergut Nette in Wörbzig in der Nähe von Köthen eine freie Schule zu etablieren. Das Unternehmen scheiterte.

Die NPD im Burgenlandkreis versucht sich seit langem als sozialer Partner der „kleinen Leute“ zu präsentieren. So führte die NPD mehrfach „Kinderfeste“ durch, u.a. am 9. Juli 2005³⁶ und 8. Juli 2006³⁷ in Bad Kösen.

Im Schloß Trebnitz bei Könnern fand am 10. April 2010 ein Familienfest für Neonazis und Dorfbevölkerung statt, zu dem ca. 60 BesucherInnen kamen. Ein vom Veranstalter für den „Freundeskreis Kulturerbe“ angemeldetes „Brauchtumsfeuer“ wurde von der Kreisverwaltung untersagt. Neben der Hüpfburg wehte die Fahne von Ostpreußen. Auch Familien aus dem Ort besuchten das Fest.

An einer Kundgebung des Stadtelterrates gegen die Erhöhung der Kita-Gebühren nahmen 2009 etwa 20 Neonazis der „Freien Nationalisten“ aus Dessau-Roßlau und Anhalt-Bitterfeld teil.

Ein mitgeführtes Transparent rollten sie erst nach Intervention der OrganisatorInnen wieder ein. Im Bereich rechter Pennälerschaften, also Burschenschaften für Schüler, ist in Sachsen-Anhalt vor allem ein Gymnasium in Staßfurt (Salzlandkreis) bekannt geworden. Anfang 2006 wurde hier die „pb! Germania zu Staßfurt“ gegründet.

Jugendgerechte Publikationen, wie die JN-Schülerzeitungen oder der JN-Comic „Enten gegen Hühner“ sollten unter der Bundesführung von Michael Schäfer (Wernigerode) der avisierte Jugendarbeit von Rechts innovative Impulse verleihen.

Immer wieder versuchen Neonazis, sich an Wahlen zu ehrenamtlichen RichterInnen zu beteiligen. In Sachsen deckte 2009 das MDR-Magazin „Fakt“ den Fall der NPD-Aktivistin Ines Schreiber auf, die als Schöffin an das Amtsgericht Riesa berufen wurde. Auch in anderen Städten soll die NPD mit dem vom Bundesvorstand angewiesenen Antritt für die Schöffen-Posten erfolgreich gewesen sein. Ziel Rechtsextremer ist es, dadurch gesellschaftliche Anerkennung für ihr Personal und Einfluss auf den Ausgang von Strafprozessen zu erlangen.³⁸

Bei der in vielen Gegenden der Republik angekündigten Beteiligung von Neonazis als freiwillige Interviewer für den „Zensus 2011“ liegt das Interesse etwas anders. Hier geht es in erster Linie um das Ausspionieren von persönlichen Daten politischer Gegner. Inwieweit tatsächlich Neonazis am Zensus teilnehmen, ist unklar. Viele Kommunen haben angekündigt, bei der personellen Auswahl Sensibilität walten zu lassen. Allerdings ist bei der immensen Anzahl von Interviewern und dem mangelnden Problembewusstsein vieler Verwaltungsangestellten eine Dunkelziffer nicht auszuschließen.



NPD-Sommerfest am 5. Juli 2008 in Sangerhausen
Foto: Mario Bialek

³⁶ Unter: <http://www.npd-burgenlandkreis.de/?p=389>, gesehen 05.06.2011

³⁷ Vgl. Antwort der Landesregierung auf Große Anfrage Fraktion DIE LINKE, Drucksache 5/2292 vom 16.11.2009, S. 20; www.server100.de/ALT/KV/index66e5.html, gesehen 06.01.2011

³⁸ Unter: http://www.focus.de/politik/deutschland/justiz-ndp-platziert-schoeffen-in-gerichten_aid_424937.html, gesehen 06.06.2011

2.3 Bedeutung der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ in Sachsen-Anhalt

Entwicklung und inhaltliche Schwerpunkte

Die JN – als Bundesverband 1969 gegründet – sind die Jugendorganisation der NPD und haben bundesweit etwa 430³⁹ Mitglieder. Die Mitgliedschaft ist von 14 bis 35 Jahren möglich. Landesverbände hält die Organisation aktuell in Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen vor. Regionale Stützpunkte ohne übergeordnete Landesverbände gibt es in Berlin-Treptow und im brandenburgischen Oranienburg. Bundesvorsitzender der JN ist seit 2007 der Wernigeröder Michael Schäfer. Stellvertreter sind Andy Knape (Magdeburg), Sebastian Richter (Hohen Neuendorf, Brandenburg) und Lars Gold (Ulm, Baden-Württemberg). Aus Sachsen-Anhalt sind Tobias Anders (Bundesgeschäftsführer, Wernigerode) und Matthias Gärtner (Bundesschulungsleiter, Magdeburg) im Bundesvorstand vertreten.⁴⁰ Seit Oktober 2007 war die JN-Bundesgeschäftsstelle in Bernburg (Sachsen-Anhalt) ansässig. Im Jahr 2010 wurde sie nach Halberstadt verlegt.

Die JN verstehen sich nicht als Organisation für die breite Masse, sondern explizit als elitäre „Kaderorganisation der Nationalen Bewegung“. Aufgabe der Organisation ist laut Selbstverständnis „die Sammlung der qualitativen Ressourcen unseres Volkes ... und die effiziente Nutzbarmachung der individuellen Eigenschaften für die Gemeinschaft der volkstreuen Deutschen“ – Was sich kryptisch anhört, hebt im Kern auf knallharte Auslese und Elitebildung ab. Die anspruchsvolle Zielsetzung der JN kommt unmissverständlich in der Passage zum Tragen:



„Wir schaffen die nationalen Freiheitskämpfer von morgen und stellen die Aktivisten einer breiten Einflußnahme innerhalb der Nationalen Bewegung von heute! Unser Kampf ist nicht das Erringen von Parlamentssitzen, sondern die Besetzung des vopolitischen Raums, der ‚Kulturrevolution von Rechts‘ und der Strategieentwicklung zur Ausübung politischer Macht ohne Herrschaft. Ein Kader der JN zu werden bedeutet, Elite der deutschen Volksgemeinschaft zu sein!“⁴¹

„Die JN sind die Volksgemeinschaft der kommenden deutschen Generation“, heißt es im Selbstverständnis noch vorgeblich zukunftsgerichtet. In der Rubrik „Weltanschauung“ lassen sie unter der Überschrift „Gewissen und Gemeinschaft“ unmissverständlich ihren geistigen Bezug zum Nationalsozialismus erkennen. Hier führen sie in Gänze einen Text aus dem Buch „Du und Dein Volksgenosse – ein Wegweiser zu neuzeitlichen Umgangsformen“ (Hg. Heinz Leder, 1936) an.

JN-Demonstration
am 17. Juni 2009
in Halle (Saale),
JN-Bundesvorstand,
Michael Schäfer, 2.
v. links
Foto: Mario Bialek

³⁹ Vgl. Verfassungsschutzbericht 2007, 2009 und 2010 des Bundes, Hg: Bundesinnenministerium

⁴⁰ Vgl. JN-Bundesvorstand, „Gemeinsam allen Stürmen trotzen“, <http://www.jn-buvo.de/index.php/component/content/article/257-gemeinsam-allen-stuermen-trotzen> gesehen 01.10.2011

⁴¹ Vgl. JN-Bundesvorstand, „Wer wir sind“, <http://www.jn-buvo.de/index.php/ueber-uns>, gesehen 14.09.2011

Das Buch gilt bis heute als „Knigge für Nationalsozialisten“ und ist „der deutschen Jugend des Dritten Reiches“ gewidmet. Einzig den Begriff „Rasse“ hat die JN durch die weniger belastete Formulierung „Art“ ersetzt.

In Sachsen-Anhalt hat sich der Landesverband der „Jungen Nationaldemokraten“ erst im August 2005 gegründet. Die JN Sachsen-Anhalt führte in den zurückliegenden Jahren etwa 50 Mitglieder,⁴² denen der Landesverfassungsschutz mehrheitlich eine Gesinnung gemäß den Idealen des Nationalsozialismus attestiert. Landesvorsitzender ist aktuell der Magdeburger Andy Knappe, der Philipp Valenta im November 2008 von diesem Posten abgelöst hat.

„Nationale Bildungsarbeit“

Verdient machte sich die JN-Sachsen-Anhalt seit 2005 in vielfacher Form. Sie etablierten den „Nationalen Bildungskreis“ (NBK), der erklärterweise seinen „Entfaltungskern“ in Sachsen-Anhalt haben sollte, und führten unter diesem Label mindestens seit Ende 2007 mehrere Bildungsveranstaltungen durch. In Magdeburg und Halle traten JN-AktivistInnen auf eigenen Studentenlisten zu Wahlen des Studierendenrats (StuRa) an. So gründeten JN-Mitglieder aus Magdeburg 2007 die Studentengruppe „Studentische Interessen“, mit der sie seitdem zweimal bei Wahlen zum Studierendenrat antraten. Bei beiden Wahlen ging die Liste leer aus. Für Halle wurde von der JN im April 2008 vollmundig die Gründung einer „ersten nationalistischen Studentengruppe“ vermeldet, die den Namen „Freies Denken“ tragen sollte. Außer der Existenz sind bisher keinerlei Aktivitäten des „Freien Denkens“ bekannt geworden. Später behauptete die JN auch, an der FH Anhalt eine Struktur aufgebaut zu haben.

Hinter den „Studentengruppen“ steht der „Nationale Bildungskreis“, der 2007 gegründet wurde. Sinn des NBK ist es, durch angebotene Schulungen und Grundlagenpapiere den „Kampf um die Köpfe“ zu unterstützen. Zielgruppen sind sowohl rechte Parlamentarier als auch „Kameraden, die den Kampf um die Straße führen“. In den letzten Jahren fanden verschiedene Schulungen zu Themen wie „Wortergreifungsstrategien“, „Grundwissen im politischen Kampf“, „Bombenterror über Anhalt“ oder „2000 Jahre Schlacht im Teutoburger Wald“ statt. Vortragsveranstaltungen führte die JN-Organisation u.a. mit der bekannten Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck zum Thema „Führen durch Vorbild“ durch.⁴³ Der NBK gab zudem diverse interne Schulungsmaterialien heraus.

Ein „IG Familienkreis“ innerhalb der „Jungen Nationaldemokraten“ will „Familien von JN-Angehörigen die Möglichkeit [bieten], sich mit Gleichgesinnten dem großen Thema Familie zu widmen [...]. Neben regelmäßigen Treffen, sowie Tages- und Wochenendausflügen, oder dem Zusammensein unserer Kleinen, sind kulturelle Feste die Grundlage für das Zusammenfinden.“ Kinder sollen von früh an in „den Jahresablauf und die damit verbundenen Bräuche eingebunden“ werden. Der „IG Familienkreis“ propagiert, „eine Alternative zum derzeitigen bundesrepublikanischen Alltag“ zu sein, in dem man „mit artverwandten Menschen, die dich verstehen und zusammengehören“ Interessen, Freunde und Leid teilen könne: „Denn nur intakte deutsche Familien bilden die Keimzelle für die Volksgemeinschaft und führen uns aus Vereinzelung, kollektiven Volkstod und sozialem Elend heraus“, so der JN-Familienkreis.⁴⁴

⁴² Vgl. Verfassungsschutzberichte des Landes Sachsen-Anhalt 2006 bis 2010, Hg: Ministerium des Innern Sachsen-Anhalt

⁴³ Unter: <http://www.jn-buvo.de/index.php/niedersachsen/107-jn-intern/1389-jn-vortragsveranstaltung-zum-thema-qfuehren-durch-vorbildq-mit-frau-ursula-haverbeck>, gesehen 20.10.2011

⁴⁴ Unter: <http://www.jn-buvo.de/index.php/ig-familienkreis.html>, gesehen 20.08.2010 (offline)

Verhältnis zu „Freien Kräften“ und NPD

Neben intensiven und durchaus erfolgreichen Bemühungen, den Schulterchluss mit Neonazikameradschaften und anderen parteikritischen Gruppierungen zu vollziehen, setzten die JN-Funktionäre auch auf niedrigschwellige Zugänge. Mehrfach in den zurückliegenden Jahren veranstalteten sie zum Beispiel Poker- oder Fußballturniere sowie Wander- und Paddeltouren.

Von 2005 bis 2009 hatte der Einfluss der JN in weiten Teilen der Neonaziszene Sachsen-Anhalts ein spürbares Hoch. Kaum eine Veranstaltung verlief ohne Unterstützung oder unter Federführung der JN-Aktivisten. Ehemalige Kameradschaftsstrukturen wandelten sich teils in JN-Stützpunkte. Sachsen-anhaltische JN-Funktionäre drangen vermehrt in den Bundesvorstand der Parteijugend sowie den Landesvorstand der Mutterpartei vor und stellten vielfach Kandidaten bei Kommunalwahlen und besetzten schließlich auch vordere Listenplätze bei der Landtagswahl 2011. Eine neue Generation von Neonazis schien sich entwickelt zu haben, die populistisch und zugleich radikal genug waren, deutungsmächtig in der eigenen Klientel zu sein und auf der anderen Seite eloquent und kompetent genug waren, zusammen mit Matthias Heyder u.a. daran zu arbeiten, das alte Neonazi-Image abzustreifen und eine vermeintliche Fachkompetenz zu präsentieren.

Immer wieder in den zurückliegenden Jahren haben JN-Aktivisten in Sachsen-Anhalt versucht mit mehrheitsfähigen Themen in der Mitte der Gesellschaft Anschluss zu finden. Protest gegen Atomkraft und gentechnisch veränderte Lebensmittel, den Einsatz der deutschen Bundeswehr in Afghanistan oder missliche internationale Finanzlagen waren häufig Anlass für JN-Veranstaltungen oder Publikationen. An anderer Stelle brechen sich NS-Themen immer wieder Bahn.

Ob die Glorifizierung deutscher Soldaten im zweiten Weltkrieg, Protest gegen den Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus (08. Mai) oder die Huldigung an den SA-Sturmführer Horst Wessel – die „Jungen Nationaldemokraten“ lassen trotz ihres modernen Auftretens ihre Verhaftung in der Ideologie des Dritten Reiches nicht missen.

Die NPD stellt für die „Jungen Nationaldemokraten“ durch das Parteiengesetz ein schützendes Dach dar. Im Verständnis sachsen-anhaltischer JN-Aktivisten besteht eine klare Aufgabentrennung zwischen der Partei als parlamentarisch tätige Organisation und der JN als selbst ernannte „Kampfgemeinschaft im vopolitischen Raum“ und „bundesweite Formation politischer Soldaten“.⁴⁵ Auf dem NPD-Bundesparteitag 2009 brachte JN-Bundeschef Michael Schäfer den Delegierten der Mutterpartei unmissverständlich zum Ausdruck, wie er die Rolle der JN verstanden wissen wolle. Da wo die Partei, die um Mandate ringen müsse, manche Themen nicht anpacken könne, weil diese zu radikal seien, sollten diese den JN-Aktivisten übergeben werden. Sie stünden bereit, die Kieze von Linken und Ausländern zu „knacken“.⁴⁶

Neonazidemonstration am 27. Dezember 2008 in Salzwedel
Foto: Mario Bialek



⁴⁵ „Die organisierte Volksfront – Die JN im Kampf um den vopolitischen Raum“, <http://www.jn-buvo.de/index.php/sachsen/95-aktuelle-nachrichten/1068-leseprobe-aus-der-aktivist-nr-12009-18-jahrgang>, gesehen 14.09.2011

⁴⁶ Vgl. Rede Michael Schäfer in drei Teilen, Youtube; „JN-Chef Schäfer spricht Klartext auf dem Bundesparteitag der NPD in Berlin“, <http://www.youtube.com/watch?v=IDqJBKpydBg>, gesehen 14.09.2011

2.4 „Ring Nationaler Frauen“

Als Frauenorganisation der NPD ist am 16. September 2006 der „Ring Nationaler Frauen“ (RNF) gegründet worden. Gründungsort war das Grundstück von Enrico Marx und Judith Rothe in Sotterhausen (Mansfeld-Südharz, Sachsen-Anhalt). Bundesvorsitzende des RNF war bis zu ihrem Rücktritt im Februar 2012 Edda Schmidt (Baden-Württemberg). Aktuell ist dies Sigrüd Schübler (Bayern). Neben der sächsischen NPD-Landtagsabgeordneten Gitta Schübler und dem niedersächsischen NPD-Mitglied Katharina Becker gilt auch Judith Rothe zu den ursprünglichen Initiatorinnen der NPD-Unterorganisation.

Laut Selbstdarstellung will der RNF „antifeministisch, traditionsbewußt und volkstreu Antworten auf die Fragen der Zeit geben.“⁴⁷ Über die Gründe, die für eine eigene Frauenorganisation sprechen, schreibt der RNF weiter, „daß [sic] die Zeit reif ist, einen nationalen Frauenverband zu gründen, der alle Frauen der nationalen Bewegung zusammen bringen kann.“

Angesichts der männlich dominierten rechten Szene, deren Mitglieder mehrheitlich althergebrachten Rollenverständnissen anhängen, klingt das folgende Zwischenresümee des RNF über das eigene Engagement sehr euphemistisch: „Weibliche Aspekte und Betrachtungsweisen sowie Interessenschwerpunkte nehmen immer mehr Raum in der politischen Arbeit ein – sie ergänzen die der Männer hervorragend und tragen zur Ganzheitlichkeit bei.“

Die taktischen Zielsetzungen, die mit der Gründung und Etablierung von Frauenorganisationen verfolgt werden sind: Frauen für die Szene zu gewinnen, um dem Neonazismus ein gemäßigeres Image zu verpassen.

Ein aufpoliertes Image soll ermöglichen, einfacher in die Mitte der Gesellschaft – speziell auch in soziale Bereiche – vorzudringen. Vermehrt wird dazu auf Ausbildung und Studium im Sozialbereich gesetzt.

Gezielt werden auch Versuche unternommen, Deutungsmacht in Elternvertretungen und ähnlichen Gremien zu erlangen.

Auf der anderen Seite ist die Zunahme des Frauenanteils in der Szene wichtig für die Binnenstabilität der Szene. Vor allem auch um der Fluktuation männlicher Kameraden zu begegnen, ist die Stärkung von Frauenorganisationen von hoher Bedeutung. Nur wenn Kameraden innerhalb der Szene eine Lebensgefährtin finden, ist nachhaltige Szenebindung so gut wie gesichert.

Auch wenn mittlerweile einige Frauen Aufgaben und Funktionen in der Neonaziszene übernehmen, kann das nicht über die Männerdominanz und das vorherrschende frauenfeindliche Rollenverständnis in der Szene hinwegtäuschen. Weibliche Aktivistinnen versuchen sich aus der Mitläufer-Rolle zu lösen, Funktionen und auch Mandate zu übernehmen. Wo dieses Engagement aber Interessen männlicher Kameraden konterkariert, tritt ab und an das vorherrschende Frauenbild offen zu Tage.

Die Beanstandung, dass NPD-Frauen ihre errungenen Mandate in Mecklenburg-Vorpommern (2009) zu Gunsten männlicher Kameraden hergeben mussten, brachte der damaligen RNF-Vorsitzenden Gitta Schübler (Sachsen) ein Misstrauensantrag ein.

Die Kritik des Vorgangs als „innerparteilichen Skandal“, „Befriedigung einiger Pöstchenhascher“, „Betrug am Wähler“ und Titulierung des Landesverbandes als „Männersekte“⁴⁸ quittierten ihr die überwiegend parteitreuen Frauen der Organisation unmissverständlich: „Ihre geradezu feministischen Ansichten waren für den übrigen Vorstand nicht mehr hinnehmbar.“⁴⁹

⁴⁷ Vgl. „Ring nationaler Frauen“, „Freundinnen für Deutschland“, <http://www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de/index.php/freundinnen-fuer-deutschland>

⁴⁸ Vgl. Gesamtrechts; „Der Ärger des Tages: NPD im Nordosten eine Männersekte?“, <http://gesamtrechts.wordpress.com/2009/07/03/der-arger-des-tages-npd-im-nordosten-eine-mannersekte/>, gesehen 11.06.2011

⁴⁹ Vgl. „RNF-Erklärung zum Rücktritt von Gitta Schübler“, <http://www.npd-hannover.de/index.php?menue=58&thema=69&id=1080>, gesehen 14.09.2011



Neonazidemonstration am
1. Mai 2011 in Halle (Saale)
Foto: Mario Bialek

Aus einer Bekanntgabe des RNF 2008 ging zuletzt hervor, dass am 01. Juli 2008 „nach Halle, Saalekreis, Mansfeld-Südharz, und Anhalt-Bitterfeld die fünfte RNF Regionalgruppe in Sachsen-Anhalt erfolgreich gegründet“ worden sei. „Die Leitung der Regionalgruppe Salzland übernimmt Heidrun Walde, sie ist gewähltes NPD Fraktionsmitglied des Kreistag vom Salzland. Im Salzland vereinigen sich jetzt durch den RNF, parteilose, NPD und DP Frauen.“⁵³ In einer Pressemitteilung anlässlich der Bundesvorstandssitzung des RNF bezeichnete die damalige Pressesprecherin Stella Hähnel die Landesverbände Niedersachsen, Sachsen und Berlin-Brandenburg und Sachsen-Anhalt als starke Landesverbände innerhalb des RNF. Von diesen würde die inhaltliche Arbeit und die Erstellung von Informationsmaterial maßgeblich unterstützt werden.

Darüber hinaus sind keine weiteren Informationen zu Gliederungen in Sachsen-Anhalt bekannt. Wahrnehmbare Aktivitäten von Mitgliedern des RNF beschränken sich vor Ort vorwiegend auf die Teilnahme an Demonstrationen und Wahlkämpfen. Zur zurückliegenden Landtagswahl traten mindestens drei Frauen aus dem Mitgliederstamm des RNF in Sachsen-Anhalt an: Heidrun Walde (Salzlandkreis), Birgit Fechner (Anhalt-Bitterfeld) und Judith Rothe (Mansfeld-Südharz).

Stella Hähnel

(Mitglied im RNF-Bundesvorstand):

„Man kann und will einfach nicht akzeptieren, dass sich Jungs und Mädchen grundlegend unterscheiden und aus freien Stücken mehrheitlich bestimmte Berufe wählen. Sie spüren, dass sie für diese die entsprechenden Gaben mitbringen. Einfühlungs- und Kommunikationsvermögen wird Frauen z.B. stärker in die Wiege gelegt, darum fühlen sie sich als Erzieherin oder Altenpflegerin wohler, als schraubend unter einem Auto.“

Die alte feministische und auch kommunistische Doktrin vom „anerzogenen Geschlecht“ kann auch von einer konservativen Familienministerin nicht fallen gelassen werden.“⁵⁰

Aus dem NPD-Parteiprogramm:

„Die Leistung der Hausfrau und Mutter ist mit keiner Arbeitsleistung anderer Berufe zu vergleichen. Ihr gebührt ein nach Anzahl der Kinder gestaffeltes Hausfrauen- und Müttergehalt, das ihrer vielseitigen Tätigkeit und Verantwortung entspricht.“

Sie sollte nicht aus finanziellen Gründen außerhäuslich arbeiten müssen, da der Beruf in der Familie sie voll auslastet. Ihre Altersrente ist zu sichern. Dies gilt alternativ auch für alleinerziehende Väter.“⁵¹

Udo Pastörs

(NPD-Fraktionsvorsitzender im Landtag MV):

„Herausnehmen möchte ich unsere Frauen, die im Stillen Unglaubliches geleistet haben. Das fing an von der Bewirtung und dem Gutzureden unserer Kameraden und Kameradinnen, die aktiv draußen im Wahlkampf standen. Und das hörte auf beim Wäschewaschen für die Kameraden.“⁵²

⁵⁰ Vgl. „Boys and Girls-Day“, 14.04.2011: <http://ring-nationaler-frauen.de/14-04-2011/%E2%80%9EBoys-und-girls-day%E2%80%9C>

⁵¹ NPD-Programm, „Grundlage unseres Volkes ist die deutsche Familie“, <http://www.npd.de/html/319/artikel/detail/146/>, gesehen 14.09.2011

⁵² Vgl. Der NPD-Fraktionsvorsitzende in Mecklenburg-Vorpommern am Wahlabend, 17.09.2006, http://www.bpb.de/themen/BC5PQ2,0,0,Frauen_in_der_NPD.html, gesehen 20.10.2011

⁵³ Vgl. http://www.ring-nationaler-frauen.de/netzseiten/index.php?option=com_content&task=view&id=136&Itemid=74, Artikel nicht mehr verfügbar

2.5 Weitere rechte und neonazistische Vorfeldstrukturen

Neben den JN und dem RNF verfügt die NPD über weitere Strukturen, die sich speziellen Handlungsfeldern widmen.

Die „Kommunalpolitische Vereinigung“ (KPV) der NPD ist ein Zusammenschluss von kommunalen MandatsträgerInnen der Neonazipartei. Wichtigste Aufgabe der KPV ist die Unterstützung der ca. 300, meist isolierten NPD-Abgeordneten bei ihrer Arbeit. Dazu zählen Schulung zu politischen Themen und parlamentarischen Abläufen, der Austausch zu und von Anträgen, Anfragen etc. und juristische Unterstützung bspw. bei der Anmietung von Räumen.

Durch die KPV sollen aber auch Wahlantritte in bisher nicht von der NPD abgedeckten Städten und Gemeinden unterstützt und Wahlerfolge ausgebaut werden. Dabei geht es der NPD nicht um tatsächliche parlamentarische Arbeit, sondern vor allem darum, sich als InteressenvertreterIn „des kleinen Mannes“ zu gerieren. Die Arbeit von extrem rechten MandatsträgerInnen ist daher in aller Regel von Antrags- und Anfragenstellungen sowie provozierenden Wortmeldungen in den öffentlichen Teilen der Ratssitzungen geprägt.

Seit 2010 tritt bei der JN die „IG Fahrt und Lager“ verstärkt in Erscheinung, die angeblich fünf Jahre zuvor entstanden sein soll. Zu den Aktivitäten der „Interessengemeinschaft“ gehören die Durchführung von verschiedenen Zeltlagern und „Kulturtagen“.⁵⁴ Auffällig ist die Ähnlichkeit zur 2009 verbotenen „Heimattreuen Deutschen Jugend“ (HDJ). Die HDJ, eine Abspaltung vom „Bund Heimattreuer Jugend“, wurde 1990 gegründet und entwickelte sich nach dem Verbot der „Wikingjugend“ (WJ) zu deren Nachfolgerin und zur wichtigsten, neonazistischen Erziehungsorganisation.

Wegen der Nähe zur NPD/JN können ehem. Mitglieder der HDJ in der „IG Fahrt und Lager“ Schutz durch das Parteienprivileg genießen und somit staatlichen Maßnahmen ausweichen. Laut Eigenangaben ist die „IG Fahrt und Lager“ „neben dem Nationalen Bildungskreis (NBK) die zweitgrößte Untergruppe innerhalb der JN“.⁵⁵

Auch die JN Sachsen-Anhalt hat in den zurückliegenden Jahren wiederholt Wanderungen, Paddeltouren und Zeltlager durchgeführt.

Als überregionales Netzwerk von Neonazis agierte bis 2009 die „Heimattreue Deutsche Jugend“ (HDJ), die nach dem Verbot der „Wiking-Jugend“ (1994, WJ) deren Funktion als Erziehungsorganisation für den extrem rechten Nachwuchs übernahm. Im Laufe der Jahrzehnte gingen wahrscheinlich mehrere tausend Kinder und Jugendliche im Alter ab sieben Jahren durch den rassistischen und antidemokratischen Drill dieser Organisation.

In Sachsen-Anhalt unterhielt die HDJ offiziell keine Strukturen, jedoch nahmen regelmäßig „Kameraden“ aus Sachsen-Anhalt an HDJ-Treffen teil. Manche dieser Treffen sollen auch in Sachsen-Anhalt, so in der Region Quedlinburg, stattgefunden haben. Laurens Nothdurft aus Dessau war Ende der 90er Jahre bei der HDJ aktiv.⁵⁶ Nothdurft stieg zum stell. „Bundesführer“ der HDJ auf, 2002 war er kurzzeitig amtierender „Bundesführer“. Auch seine Ehefrau Hildegard gehört als ehem. „Bundesmädelführerin“ zu den wichtigeren FunktionärInnen der elitären HDJ.

Die „Junge Landsmanschaft Ostdeutschland e.V.“⁵⁷ ist durch mehrere führende Funktionäre in Sachsen-Anhalt aktiv.

⁵⁴ Unter: http://www.jn-buvo.de/index.php?option=com_content&view=article&id=208&Itemid=12, gesehen 08.06.2011.

⁵⁵ ebd.

⁵⁶ Vgl. Andrea Röpke „Ferien im Führerbunker“, Hg. ARUG Braunschweig 2008, S. 80, S. 91, S. 114

⁵⁷ Vgl. Mit „Ostdeutschland“ ist nicht das Gebiet der ehem. DDR, sondern die infolge des Zweiten Weltkrieges heute zu Polen, Rußland und der Tschechischen Republik gehörenden Gebiete gemeint.

Die JLO, die u.a. ein Deutschland in den Grenzen von 1937 fordert, betreibt in Steinbrücken (Mansfeld-Südharz) einen Bauernhof, der Ende 2001 zum Schulungszentrum ausgebaut wurde. Im JLO-Schulungszentrum Steinbrücken finden neben regelmäßigen JLO-Treffen und „Arbeitseinsätzen“ seit 2006 jährlich die sogenannten „Preußischen Akademien“ statt, bei denen diverse Neonazis und Vertreter der sogenannten „Neuen Rechten“ als Redner auftreten.

Eine wichtige Funktion für die Szene erfüllte bisher die „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG). Die HNG wurde am 21. September 2011 vom Bundesinnenministerium verboten. In der Tradition der „Stillen Hilfe“, die nach dem Zweiten Weltkrieg NS-Tätern bei der Flucht, bei Prozessen und in der Haft half, organisierte die HNG bisher Unterstützung für Alt- und Neonazis, die Gefängnisstrafen verbüßen. Wesentlicher Beweggrund für das Anliegen ist, die inhaftierten „Kameraden“ nicht aus dem Zugriff der Szene zu entlassen. Die Organisation wirkte damit aktiv dem Gedanken der Resozialisierung im Zuge der Haft entgegen.

In den monatlich erscheinenden „HNG-Nachrichten“ wurden Adresslisten von inhaftierten Neonazis veröffentlicht, die Briefkontakt wünschen. Darunter finden sich immer wieder auch Einträge aus sachsen-anhaltischen Gefängnissen. Im September 2010 durchsuchten Polizisten in neun Bundesländern diverse Wohnungen, darunter auch in Sotterhausen. Ziel der Aktion war es laut Bundesinnenministerium, Belege für die Verfassungsfeindlichkeit der HNG zu finden.



3. Rechtsextreme Musiklandschaft in Sachsen-Anhalt

Rechtsextreme Musik gilt als Einstiegsdroge Nummer Eins in die Szene. Mit ihr lassen sich neonazistische Inhalte weit einfacher an jungen Menschen bringen, als das mit Parteiprogrammen, Flugblättern oder Informationsveranstaltungen möglich wäre. Das wissen Neonazis – und nutzen es ganz gezielt. Musik und Jugendkultur soll junge Menschen an rechte Ideologien heranzuführen, Identität stiften und ermöglicht zudem noch finanzielle Einnahmen für die Szene.

Neonazistische Bands sehen sich als „Teil der Bewegung“, ihre Mitglieder sind oftmals auch in „Kameradschaften“ oder der NPD bzw. JN aktiv. In den letzten zwanzig Jahren hat sich die extrem rechte Jugendkultur stark modernisiert. Heute existieren in verschiedenen musikalischen Genres entsprechende Sub-Szenen. Dabei reicht das Spektrum von eindeutig neonazistischen Bands bis zu Gruppen, die sich selbst als „patriotisch“ oder „unpolitisch“ sehen, sich aber mit einer klaren Abgrenzung gegenüber Neonazis nur allzu schwer tun.

Klassischer Rechtsrock

Der Ursprung des Rechtsrock liegt im britischen Punk. Dort entwickelte sich die Ende der 70er Jahre gegründete Band „Skrewdriver“ von einer Punkband ohne rassistische Äußerungen bis Ende der 80er Jahre zu DER Ikone des Rechtsrock. Gründer und Sänger Ian Stuart Donaldson zeitweilig bei der „National Front“ (NF) aktiv, die 1977 begann, rechte Bands bei sogenannten „Rock against Communism“ (RAC, Rock gegen Kommunismus) -Konzerten spielen zu lassen. Der Kurs der NF war Donaldson nicht radikal genug, so dass er sich 1985 von der Partei löste. „Skrewdriver“ brachten im selben Jahr das programmatische Album „Blood & Honour“ auf den Markt. Dies war letztlich auch der Name der 1987 maßgeblich von Donaldson gegründeten Organisation „Blood & Honour“ (B&H).



Auflösung eines Neonazikonzertes am 31. Oktober 2009 in Mehringen bei Aschersleben Foto: Mario Bialek

Der Name bezieht sich auf „Blut und Ehre“, Motto und Grußformel der Hitlerjugend (HJ). Das zunächst auf Großbritannien begrenzte Netzwerk B&H breitete sich schnell aus. Heute gibt es in ca. 25 Ländern in Europa, Nord- und Südamerika und Australien sogenannte „Divisionen“, die wiederum in „Sektionen“ unterteilt sind.

Ziel des Netzwerks ist es, neonazistische Bands und Konzerte zu unterstützen, um nationalsozialistische Ideen zu verbreiten. Donaldson fasste dies so zusammen: „Musik ist das ideale Mittel, Jugendlichen den Nationalsozialismus näher zu bringen, besser als dies in politischen Veranstaltungen gemacht werden kann, kann damit Ideologie transportiert werden“.

Die Division Deutschland wurde am 12. September 2000 verboten. Nach dem Verbot wurde die Organisation zeitweise weitergeführt. Aufgrund verschiedener Streitigkeiten sind heute mehrere neue Organisationen aktiv, z.B. „Honour & Pride“. „Honour & Pride“ unterteilt sich ebenfalls in „Sektionen“. U.a. bestehen „Honour & Pride Niedersachsen“, „Sachsen-Anhalt“ und eine „Sektion Nordharz“ aus dem Raum Wernigerode/Halberstadt.

Ähnliche Organisationen sind die sehr elitären „Hammerskins“, die in früheren Jahren bspw. in Gatersleben (Salzland) und Bad Lauchstädt (Saalekreis) aktiv waren und die in den USA ansässigen „Volksfront International“.

Der Rechtsrock RAC Hardcore

Eine zeitlang fungierte ein Postfach in Halle als Kontakt des deutschen Ablegers. Die Hallenser RAC-Band „Valhallas Patriots“ gehört dem Netzwerk an.

RAC

Bands aus Sachsen-Anhalt, die den eher traditionellen Stil des klassischen Rechtsrock – seit den 90er Jahren oft gemischt mit Hardrock- und Hardcore-Elementen – spielen, sind aus den unterschiedlichsten Regionen des Landes bekannt geworden.

Zu den bundesweit bekanntesten gehört die Band „Kraftschlag“ um Jens-Uwe Arpe, die seit 1989 dutzende, oftmals indizierte Tonträger produzierten. Arpe, ursprünglich aus Schleswig-Holstein, zog vor einigen Jahren nach Schönburg bei Naumburg (Burgenlandkreis). Heute wohnt er in Weißenfels.

Weitere bekannte Vertreter des Genres waren in den 90er Jahren „Elbsturm“ und „Deutsche Patrioten“ (beide Magdeburg), später „Vae Victis“ („Wehe den Besiegten“, Köthen), „Hate Soldiers“ („Soldaten des Hasses“, Raum Sangerhausen) oder „Valhallas Patriots“ (Halle). Letztgenannte traten wie einige andere Bands mehrfach im Ausland, z.B. den USA auf. Auch „Eternal Pride“ aus Blankenburg, die auf Konzerten der in Deutschland verbotenen Organisation „Blood & Honour“ in Belgien genauso zu finden sind, wie auf Open-Air-Konzerten der NPD, so z.B. in Sondershausen im Mai 2008. Die Band ist derzeit in der Altmark ansässig.

Zu den Gründen, warum Bands aus Deutschland im Ausland auftreten, zählt zum Einen natürlich die Existenz solcher Szenen in nahezu allen europäischen, nordamerikanischen und anderen Ländern. Andererseits ist der staatliche Repressionsdruck in verschiedenen Ländern nicht so hoch wie in Deutschland, weshalb Neonazis gern ins Ausland fahren, um „mal so richtig abzuhitlern“. Auch wenn bei deutschen Konzerten häufig Hitlergrüße u.ä. vorkommen, ist dies bspw. in Ungarn nicht strafbar.

Hardcore

Der Stil ist Ende der 70er Jahre aus dem Punk hervorgegangen. Hardcore zeichnet sich im Gegensatz zum Punk durch schnellere und härtere Rythmen aus. In den 80er Jahren waren infolge der zunehmenden Kommerzialisierung die anfangs meist progressiven Texte weitgehend verschwunden. Übrig blieb harte Musik, die von rechten Jugendlichen mit ihren Inhalten gefüllt wurde. Eine Spielart des Hardcore war der Hatecore, der sich Ende der 80er Jahre entwickelte. Hintergrund des Begriffs war damals der Ausdruck von Hass (Hate) gegenüber sozialen Missständen. Neonazis übernahmen den Stil und besetzten den Begriff „Hatecore“ neu.



Bühne nach Konzertauflösung, 31. Oktober 2009 in
Mehringen bei Aschersleben Foto: Mario Bialek



Black Metal

Recht Da

In Sachsen-Anhalt versuchten sich Ende der 90er Jahre als eine der ersten rechten Bands „Skinhead Einsatz Kommando“ (S.E.K., Wernigerode) am Hardcore. Heute ist neonazistischer Hardcore, auch „NSHC“ genannt, einer der am stärksten boomenden Musikstile. Die Landeshauptstadt Magdeburg bildet hier einen der Schwerpunkte. Bands wie „Daily Broken Dream“, „2 Minutes Warning“, „Painful Life“ u.a. kommen aus der Gegend.

Black Metal

Black Metal (BM) ist ein zu Beginn der 80er Jahre in den USA entstandener Stil, der sich durch Tempowechsel und extremen Gesang zwischen Gekreische und Gutturallauten auszeichnet. Ursprünglich wurde im BM eher mit Satanismus kokettiert. Anfang der 90er Jahre änderte sich dies grundlegend. Norwegische Bands wie „Mayhem“ und „Burzum“ sangen vom Krieg gegen das Christentum und meinten das ernst. Etliche Brandstiftungen an Kirchen und sogar Morde innerhalb der Szene legten den Grundstein für den zweifelhaften Ruhm der Osloer BM-Szene.

Kristian „Varg“ Vikernes (Burzum) war es auch, der maßgeblich dazu beitrug, dass nazistisches Gedankengut in der Szene einen zentralen Platz einnahm.

Im Laufe der Jahre entfernte sich der NS-Black Metal (NSBM) vom Satanismus, da die Annahme der Existenz des Teufels ihren Ursprung im verhassten Christentum hat, das wiederum aus dem noch verhassteren Judentum entstammte. Ein Großteil der Szene wandte sich dem Paganismus (Neu-Heidentum) zu.

Die sicher einflussreichste deutsche NSBM-Band ist „Absurd“. Die Band wurde im Zusammenhang mit dem „Satansmord“ von Sondershausen (Thüringen) 1993 bekannt. Die beiden Stammmitglieder der Band waren zuletzt Ronald „Wolf“ Möbus (Eckartsberga, Burgenlandkreis) und Sven „Unhold“ Zimper (Tangerhütte, LK Stendal).

Schwerpunkt der Szene in Sachsen-Anhalt ist der Burgenlandkreis mit Bands wie „Permafrost“ aus dem Raum Zeitz. Sänger und Schlagzeu-ger Benjamin „Porcus“ Schneider spielt auch in anderen Bands und betreibt mit „Satan Fights Humanity Records“ ein Label mit gleichnamigem Mailorder.

Oi!

Der aus dem Punk entstandene Oi! (auch Streetpunk genannt) unterscheidet sich im wesentlichen durch den ursprünglicheren Stil und seine Texte vom klassischen Rechtsrock. Während der RAC explizit politische Texte beinhaltet, geht es im Oi! eher um Alkohol, Gewalt, Frauen, Fußball und um „Unity“ - den geradezu mythologischen „Zusammenhalt der Szene“. Aber auch Alltagsprobleme spielen eine wichtige Rolle in der sich als Angehörige der Arbeiterschicht verstehenden Szene.

Das Spektrum im Oi! reicht von explizit antifaschistischen Bands über solche, die sich als „unpolitisch“ bezeichnen bis zu „patriotischen“ und „rechtsoffenen“ Skinheads. Letztere halten sich selbst nicht für Neonazis, richten sich in ihren Texten aber häufig gegen „Zecken“, „Asylanten“, „Hippies“ etc.

Eine der bekanntesten Bands des rechten Teils der Szene war „Kampfzone“ aus Bernburg, die europaweit bekannt wurden. Aktuell von Bedeutung ist die rechtsoffene Band „Gerbenok“ (Weißenfels), deren Schlagzeu-ger Christian Stöbe das vom Verfassungsschutz als „rechts-extremistisch“ eingestufte Fanzine „Streetwar“ herausgab. Auch „Schusterjungs“ (ebenfalls Weißenfels) grenzen sich nur oberflächlich von Neonazis ab. Dennoch spielen sowohl Gerbenok als auch Schusterjungs nicht nur in eindeutig rechten, sondern oft auch in eher links geltenden Einrichtungen.

e Hooligan-Musik rkwave Oi!

Das Phänomen „Grauzone“ ist in verschiedenen Musikszenen zunehmend zu beobachten. Jugendliche, die sich selbst als „unpolitisch“ definieren und Neonazis, die ihre Einstellungen hinter einem „unpolitischen“ Auftreten verstecken, bewegen sich in einer gemeinsamen Erlebniswelt von Party und Rebellion, was leicht zum Verschwimmen von Grenzen zwischen Neonazis und unpolitischen Jugendlichen führt, und dieses Spektrum in den Augen des Projektes besonders gefährlich macht.

Schwerpunkt der Punk/Oi!-Grauzone in Sachsen-Anhalt sind der Harzkreis und Magdeburg. Zu nennen wäre hier bspw. die „unpolitische“ oder „patriotische“ Band „Notloehsung“ aus Wernigerode. Ursprünglich aus dem Punkrock kommend (einige der Mitglieder waren selbst von rechten Angriffen betroffen), entwickelten sie sich zu einer rechtsoffenen Oi!-Band, die mittlerweile häufig mit anderen rechtsoffenen und rechten Bands zusammen Konzerte gibt. So spielten sie einige Male im Vorprogramm der rechten Hooligan-Band „Kategorie C“ (KC).

Rechte Hooligan-Musik

Der Sänger von KC, die eigentlich aus Bremen kommen, Hannes Ostendorf, ist der Bruder des NPD- und „Blood & Honour“-Aktivisten Henrik Ostendorf und war 1991 an einem Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in Bremen beteiligt. Im Oktober trat er bei einer „Solidaritäts-Demo“ mit Konzert für den inhaftierten Landser-Sänger Michael „Lunikoff“ Regener vor dem Gefängnis in Berlin-Tegel auf.

Der neue Bassist von KC, Steffen „Ernie“ Behrens wohnt in Nienhagen bei Halberstadt. Mittlerweile fanden in dem Dorf bereits mehrere Open-Air-Konzerte mit KC statt. Für ein im August 2010 geplantes Konzert erließ das Landesverwaltungsamt eine Verbotsverfügung. Im Oktober konnte es allerdings problemlos nachgeholt werden. Ein für den 07. November 2010 in Berlin geplantes KC-Konzert für die rechte Bekleidungs-Marke „Erik & Sons“ fiel aus, weil der Mietvertrag für das Gelände gekündigt wurde. Die Kombination „Erik & Sons“ und KC ist kein Zufall. Behrens betrieb unter dem Namen „Football Factory“ ab Februar 2009 ein Ladengeschäft in Halberstadt, das auch diese Marke führt.

Darkwave

Die sehr verschiedenen Szenen, die unter dem Label „Darkwave“ subsummiert werden, haben oft eine antimodernistische, antiaufklärerische Einstellung. Im Gegensatz zum offensiven Rechtsrock oder dem heidnisch-nazistischen NSBM oder dem vermeintlich „unpolitischen“ Oi!, sind sie aber zurückhaltender im Auftreten.

In weiten Teilen des Darkwave verbreitete Themen wie Mittelalteradaptionen, Militarismus (bspw. im Industrial), Zivilisationskritik, Neo-Heidentum oder Heimattümelei bieten eine Fülle von Anknüpfungsmöglichkeiten für die extreme Rechte. Dennoch sind neonazistische Einstellungen nur in einem kleinen Teil der Szene(n) verbreitet.

Rassismus, Antisemitismus, Chauvinismus etc. werden im Darkwave nicht so grobschlächtig wie bspw. im RAC verarbeitet. Stattdessen werden sie in einem vordergründig intellektuellen Habitus verpackt. Dabei wird weniger auf dialektische Ebene, als vielmehr mit „Äthetisierte Gefühlsduselei, mit esoterischen, naturellen und naturreligiösen Bezügen“ gearbeitet, wie Dornbusch/Raabe schreiben.



Neonazikonzert am 16. Juli 2011 in Nienhagen bei Halberstadt, Mit-Organisator Marcus W. (Bildmitte, mit Cap)
Foto: Mario Bialek

Liedermacher Musikstile

Immer wieder wird dies mit Anleihen rechter bis faschistischer Intellektueller aus der Zeit 1871 bis in die 30er Jahre des 20. Jh., wie z.B. dem italienischen Faschisten Julius Evola verknüpft.

Aber auch Symbole aus dem Nationalsozialismus finden sich selbst in unverdächtigen Teilen des Darkwave wieder. So findet häufig die „Schwarze Sonne“, ein Symbol der SS, Verwendung. Die deutsche Band „Von Thronstahl“ bspw. zeigte beim jährlichen „Wave-Gothik-Treffen“ (WGT) in Leipzig eine Fahne mit diesem Symbol, das sich auch in der SS-Kultstätte, der Wewelsburg (Nordrhein-Westfalen), als Relief im Boden wiederfindet.

Liedermacher

Fest etabliert als Teil der Szene sind neonazistische Liedermacher. Neben dem bekannten Frank Rennicke (Rothenburg ob der Tauber, Bayern), der familiäre Wurzeln in der Nähe von Bernburg hat, sind bundesweit mehrere dutzend „nationale Barden“ bekannt.

Für Sachsen-Anhalt sind in erster Linie Björn „Munin“ Millahn (laut MI Raum Schönebeck) und Manuel Zieber (Staßfurt) zu nennen. „Munin“ spielt(e) in mehreren Bands mit.

Hip-Hop/Sprechgesang

Ein Sonderfall sind „Dissau Crime“, eine Hip-Hop-Band aus Dessau. Die Band bestand aus eigentlich nichtrechten Mitgliedern, die auf ihrer ersten CD Textstellen wie „Ich schieße mit der Flak auf das ganze Judenpack!“ und ähnlichen Passagen vertonten. Das Problem „Dissau Crime“ wurde aus der Hip-Hop-Szene selbst aufgeworfen. Die Band war daraufhin bundesweit Diskussionsthema in der Szene, aber auch bei Neonazis.

Mittlerweile gibt es einzelne Hip-Hop-Projekte, wie z.B. das „n‘Socialist Soundsystem“ aus Süddeutschland, „Projekt X“ oder „SZU“ („Sprachgesang zum Untergang“), die ihre extrem rechte Einstellungen gezielt in Liedtexte verpacken.

Weiterführende Literatur zum Rechtsrock in Sachsen-Anhalt

Broschüren:

- Dornbusch/Raabe/Begrich: „RechtsRock made in Sachsen-Anhalt.“ Landeszentrale f. Politische Bildung, Magdeburg, 2007
- Langebach/Begrich/Raabe: „Sirenen des Hasses – NS-Hardcore aus Sachsen-Anhalt.“ Miteinander e.V., Magdeburg, 2011

Bücher:

- Dornbusch/Raabe: „Rechtsrock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategie.“ rat, Hamburg/Münster, 2002
- Dornbusch/Killguss: „Unheilige Allianzen – Black Metal zwischen Satanismus, Heidentum und Neonazismus.“ rat, Münster, 2005
- Speit (Hg.): „Ästhetische Mobilmachung – Darkwave, Neofolk und Industrial im Spannungsfeld rechter Ideologien.“ Rat, Münster 2002

4. Opfer rechter Gewalt

Dass neonazistische Ideologien und Erlebniswelten mehr sind als Identität, Rebellion und „Kameradschaft“ zeigen bundesweit mindestens 148 Todesopfer aus den Jahren 1990 bis 2011. 148 Menschen, 137 Menschen, die durch Schuss-, Schlag- oder Stichwaffen, durch Schläge, Tritte oder mittels Brandanschläge ums Leben gebracht wurden, weil sie nicht in das Weltbild rechter Täter passten.⁵⁸ Eine erschreckende Bilanz. Zwölf dieser Todesopfer sind in den Jahren zwischen 1992 und 2008 in Sachsen-Anhalt zu verzeichnen:

- Thorsten Lamprecht, 9. Mai 1992
- Matthias Lüders, 24. April 1993
- Eberhart Tennstedt, 5. April 1994
- Frank Böttcher, 8. Februar 1997
- Herr Gerol, 8. Oktober 1999
- Helmut Sackers, 29. April 2000
- Alberto Adriano, 10. Juni 2000
- Willi Worg, 25. März 2001
- Andreas Oertel, 20. März 2003
- Martin Görge, 30. Januar 2004
- Hans-Joachim Sbrzesny, 1. August 2008
- Rick Langenstein, 16. August 2008

Zwischen Attacken mit Todesfolge und unbeschwertem Alltagsleben liegt oft ein breites Spektrum von Ereignissen, die das Recht auf körperliche Unversehrtheit und das mentale Wohlbefinden von Betroffenen immer wieder negativ beeinträchtigen. Einschüchterndes Dominanzverhalten in Schule, Freizeiteinrichtung oder auf der Straße, verbale Attacken, Einschüchterungen und Bedrohungen, körperliche Angriffe mit oft schwerwiegenden Folgen – für Menschen, die als „fremd“, als „anders“ wahrgenommen werden, gehören solche Situationen mancherorts längst zum Alltag und hinterlassen nicht nur körperliche Narben.

Wo rechte Meinungsträger eine homogene „Volksgemeinschaft“ einzufordern versuchen, in der sie die Definitionsmacht haben, ist die Möglichkeit ausgegrenzt zu sein und Opfer zu werden für viele Menschen groß.

Beim Pro-Kopf-Aufkommen rechtsextrem motivierter Gewalttaten rangiert Sachsen-Anhalt in den zurückliegenden Jahren stets mit Sachsen und Brandenburg auf den vordersten Plätzen.⁵⁹ Die Gefahr im hiesigen Bundesland Opfer rechter Gewalt zu werden ist demnach zweifellos höher als anderswo.

⁵⁸ Vgl. Eine anschauliche journalistische Aufarbeitung zu den 137 Todesopfern findet sich bei der „Zeit“; <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/todesopfer-rechter-gewalt>

⁵⁹ Vgl. Verfassungsschutzberichte 2007 bis 2010, Hg. Bundesinnenministerium.

Schlussbetrachtung

Nicht erst seit Globalisierung oder Hartz IV fühlt sich die extreme Rechte von heute animiert, soziale Themen aufzugreifen und im Rahmen der eigenen Programmatik zu beantworten. In der Rolle des „Kümmerers“ oder des „Anwalts der kleinen Leute“ präsentieren sich NPD und andere Neonazis sehr gern und streiten für Familie, Volk und Vaterland.

Ihre Antwort auf soziale Ungerechtigkeit ist dabei stets an Einschränkungen gekoppelt. Soziale Gerechtigkeit nach Vorstellung von Neonazis kommt nur jenen zu Gute, die zu vollwertigen Mitgliedern einer „deutschen Volksgemeinschaft“ definiert werden. Die NPD, als Speerspitze des bundesdeutschen Rechtsextremismus, fordert laut Programm⁶⁰ eine Staatsangehörigkeit nach „Abstammungsprinzip“, die „Streichung des Grundrechtes auf Asyl“ und eine „gesetzliche Regelung zur Rückführung der derzeit hier lebenden Ausländer.“ In der Dichotomie „zwischen Sozialstaat und Einwanderungsstaat“ schürt die NPD Existenzängste in der Bevölkerung und geriert sich selbst als „die Stimme des nationalen und sozialen Deutschlands“.

Den Anforderungen einer imaginären „Volksgemeinschaft“ nicht zu entsprechen, kann viele Menschen treffen. Wer keine Arbeit oder Wohnung hat, wird von Neonazis schnell zum „Arbeitsscheuen“, „Asozialen“ oder „Schmarotzer“ erklärt. Wer im „Daseinskampf“ als „Schwächerer“ unterliegt, fällt der „natürlichen Selektion“ zum Opfer. Aber auch die „falsche“ politische Einstellung, Religionszugehörigkeit oder körperliche Beeinträchtigungen haben die Ausgrenzung aus dem Gemeinwesen zur Folge. Dass Neonazis ihrer ideologischen Einstellung auch mit Gewalt Nachdruck verleihen, zeigen die Statistiken rechter Straf- und Gewalttaten nur zu deutlich.

Hass und Gewalt sind immanenter Bestandteil neonazistischer Sozialisation und Lebenswelt. Das soziale Engagement von Rechts und das Image des „Kümmerers“ sollen über diese Aspekte hinwegtäuschen und rassistische Ideen salonfähig machen.

Diese Broschüre soll Anhaltspunkte zur Sensibilisierung und kritischen Debatte über das Phänomen Rechtsextremismus und die damit verbundenen Gefahren in der Sozialen Arbeit bieten. Die AWO orientiert ihr Handeln am humanistischen Menschenbild. Die Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Toleranz und Solidarität bilden ihr sozialetisches Fundament und den unverwechselbaren sozialpolitischen Hintergrund.

Arbeit im sozialen Bereich findet nah an den Menschen, ihren Sorgen und Nöten, aber auch ihrem Wohlergehen statt. Gemeinwohlgefährdende Aspekte außer Acht zu lassen, wäre eine fahrlässige Vernachlässigung der Verantwortung gegenüber Hilfesuchender und Minderheiten in unserer Gesellschaft. Die Unterstützung aller Menschen, die Hilfe benötigen – ungeachtet ihrer Herkunft, Religion oder Lebensweise – steht dabei für die AWO im Vordergrund.



Jan Bartelheimer, Projektleiter
Magdeburg im Juli 2012

⁶⁰ Vgl. Das Parteiprogramm der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), beschlossen auf dem Bundesparteitag am 4./5.6.2010 in Bamberg

Anhang

a) Resümee der zurückliegenden Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

Den Einzug in den dritten Landtag hat die NPD Sachsen-Anhalt am 20. März 2011 mit 4,6 Prozent (45.826 Zweitstimmen) knapp verpasst. Die zuvor ausgerufene „Schicksalswahl für die gesamte nationale Bewegung“ hatte bundesweit Ressourcen der Partei mobilisiert, was die Erwartungshaltungen nach oben geschraubt hatte. Der erhoffte Erfolg in Sachsen-Anhalt sollte Auswirkungen auf das Abschneiden der NPD bei allen weiteren Landtagswahlen in 2011 haben.

Noch vor den ersten Hochrechnungen gestand NPD-Pressesprecher Michael Grunzel am Wahlabend im Landtagsgebäude JournalistInnen gegenüber ein, dass es bei einigen Kameraden, die in den letzten Wochen und Monaten im Wahlkampf gestanden hatten, sicher auch Tränen geben werde, wenn die NPD nicht einziehen würde. Die Ziele der NPD waren weit höher gesteckt. Sieben und mehr Prozent hatten NPD-Vertreter in den letzten Wahlkampfwochen gemutmaßt. Die letzten offiziellen Umfragen konstatierten der NPD fünf Prozent. Spitzenkandidat Heyder kündigte seinen Parteikollegen beim zuletzt durchgeführten Bundesparteitag kühn an: „das wird ein Einzug mit Ansage“. Die Zielsetzung war für ihn dabei immer klar: das „asoziale System“ da draußen „gehört nicht verändert, das gehört abgeschafft“.

Zweifellos war die NPD die Partei, die als erste in den Wahlkampf startete. Bereits im April 2010 wurde die Landesliste gewählt und ab August begonnen landesweit Flugblätter in Briefkästen zu verteilen. Sowohl Infostände wie auch das übliche Klinkenputzen wurde zur Sammlung der notwendigen Unterstützerunterschriften genutzt.

Ab Januar 2011 wurde die erste von zwei Wahlkampfzeitungen verteilt. In der heißen Wahlkampfphase (ca. sechs Wochen vor der Wahl) setzte die NPD außerdem auf gezielte, postalische Ansprache von mittelständischen Unternehmen und SchülervertreterInnen, ließ Schulhof-CDs verteilen und begann in puncto Plakatierungen mit der erwarteten Materialschlacht.

Laut dem Spendenbarometer auf der Landeshomepage der Partei waren die avisierten 60.000 Euro zuletzt fast erreicht. Wahlkampfleiter Holger Apfel soll das Gesamtbudget des Wahlkampfes einer rechtskonservativen Zeitschrift gegenüber angeblich auf 260.000 Euro beziffert haben. Demzufolge muss der Erfolgsdruck auf den Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten Matthias Heyder und seine Mannschaft enorm gewesen sein.

Weitaus abschreckender als die unterschiedlichen kleinen und großen Aufklärungskampagnen gegen die NPD dürften letztlich die Veröffentlichungen aus internen E-Mails der NPD seit Anfang Februar 2011 und die sogenannte „Junker Jörg-Affäre“ gewirkt haben.

Die Landes-NPD wiegelte schnell ab, sprach von Datenmanipulation und präsentierte in letzter Hilflosigkeit eineinhalb Tage vor dem Wahlgang einen angeblich ausfindig gemachten Täter – der laut NPD langjähriges Mitglied der Linkspartei sein solle. Belege führte die NPD dafür allerdings nicht an. Der Betreffende war angeblich untergetaucht.

Am Wahlabend versicherte Michael Grunzel zur Version der angeblichen Datenmanipulation noch: „Wenn ich davon nicht selber fest überzeugt wäre, hätte ich das so nicht veröffentlicht.“⁶¹

⁶¹ Vgl. Medien- und Rechercheprojekt Infothek, „20. März 2011: ‚Die Schlacht ging verloren‘“, <http://infothek.wordpress.com/2011/03/27/%E2%80%9Edie-schlacht-ging-verloren%E2%80%9C/>, gesehen 14.09.2011

Ausgerechnet Heyder hatte zum Kommunalwahlkampf 2009 noch verlauten lassen: „Verhindert werden kann unser Erfolg nur noch durch uns selbst“.⁶²

Eine Intensivierung der Appelle und Initiativen, gegen die NPD und für die Wahl demokratischer Parteien setzte auf unterschiedlichen, zivilgesellschaftlichen, staatlichen und parteipolitischen Ebenen ein. Letztlich konnte die NPD, wie erwartet, vornehmlich in ländlichen Regionen punkten, konnte hier mehrfach die Fünf-Prozent-Hürde erklimmen – in Einzelfällen sogar deutlich zweistellige Ergebnisse einfahren.

Mit der teuren Niederlage machten seitens der extremen Rechten auch schnell Vorwürfe mutmaßlichen Wahlbetrugs die Runde. Sollte die Story von der Datenmanipulation nicht stimmen, „wird er (Heyder, Anm.d.R.) merken, was es heißt, den Parteivorsitzenden anzulügen“, zitierte der Berliner Tagesspiegel den Parteivorsitzenden Udo Voigt nach der Wahl. Im Juni 2011 wurden Heyder und seine junge Mannschaft mehrheitlich aus ihren Posten abgelöst. Laut Veröffentlichung von Matthias Heyder selbst hätte das Schiedsgericht der NPD Sachsen-Anhalt dann im Oktober 2011 beschlossen, ihn aus der Partei auszuschließen.

b) Verkaufsgeschäfte und Internetversände in Sachsen-Anhalt

Von großer Bedeutung für die Neonaziszene sind Ladengeschäfte und Internetversandhandel.

Ladengeschäfte haben zum Einen die Funktion als informeller Treffpunkt und sorgen so für den Zusammenhalt der Szene.

Hier kann sich die Szene nicht nur mit der neuesten Musik und den aktuellen Fanzines versorgen.

In solchen Läden wird sich auch über anstehende Termine wie Aufmärsche oder Konzerte ausgetauscht. Zusätzlich betreiben fast alle Neonaziläden einen Internetversand.

Von nicht zu unterschätzender Wirkung ist auch die Tatsache, dass sich Neonazis über den Betrieb von Ladengeschäften, aber vereinzelt auch Mailordern, selbständig machen können. Dadurch bewegen sie sich nahezu ausschließlich in der Szene.

Der Umsatz der Szene muss wohl mit einigen Millionen Euro pro Jahr allein in Deutschland angesetzt werden. Immer wieder kommt es zu Streitigkeiten zwischen Labeln und Versänden. Oft wird Betreibern vorgeworfen, sie würden rein kommerziell arbeiten, statt Gewinne „in die Bewegung“ zurückzugeben. Sogar Boykottaufrufe sind üblich.

Ein besonderer Fall ist die Bekleidungs-Marke „Thor Steinar“ mit ihren Ladengeschäften. Die verwendeten runenartigen Markenzeichen kommen bei Neonazis wegen der Assoziationen zu verbotenen Symbolen gut an. Die Marke wird aber zunehmend auch von „normalen“ Kunden gekauft. Diese erkennen die Marke entweder nicht als rechts, oder es ist ihnen egal, weil in den Symboliken der Marke die ideologischen Hintergründe nur versteckt vorkommen.

Auch andere Marken wie „Erik & Sons“, versuchen ein ähnliches Konzept zu fahren. Da Ladengeschäfte, die von „Thor Steinar“ betrieben werden wie das „Narvik“ in Magdeburg, oder deren Sortiment großteils aus Bekleidung der Marke besteht, wie das „Borderline Clothing“ in Thale (Harz), oft in kommerziellen Einkaufszentren oder Einkaufsstraßen in Innenstädten zu finden sind, eröffnen sie eine weit größere Kundenklientel als klassische Neonaziläden wie das „Ragnarök“ in Halberstadt.

⁶² Vgl. Pressemitteilung der NPD Sachsen-Anhalt vom 23.04.2009, „NPD schafft flächendeckenden Antritt zu den bevorstehenden Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt“, http://www.npd-niedersachsen.de/index.php/menue/58/thema/69/id/714/anzeigemonat/04/akat/1/anzeigejahr/2009/infotext/NPD_schafft_flaechendeckenden_Antritt_zu_den_bevorstehenden_Kommunalwahlen_in_Sachsen-Anhalt/Bundesweite_Nachrichten.html, gesehen 14.09.2011

Das „Ragnarök“ war ein Ableger des gleichnamigen Ladengeschäftes aus Seesen/ Westharz. Der Inhaber, Thomas W., wird mit den „Hells Angels“ in Verbindung gebracht. Der Laden ist mittlerweile geschlossen.

Mittlerweile ist das Ladengeschäft wieder geschlossen. Insgesamt existieren in Sachsen-Anhalt derzeit mindestens sieben von Neonazis betriebene Ladengeschäfte und dreizehn rechte Mailorder.

Regelmäßig sorgen Geschäftseröffnungen von „Thor Steinar“ für Schlagzeilen. So hatte sich z.B. das „Narvik“ in Magdeburg im Juli 2007 in das von der Gero AG verwaltete Hundertwasserhaus (direkt neben dem Landtag) eingemietet. Als der Hintergrund des Geschäfts bekannt wurde, kündigte die Gero AG dem Mieter Uwe Meusel. Im folgenden Rechtsstreit urteilte schließlich im Oktober 2010 der Bundesgerichtshof, dass die Kündigung rechtmäßig war, da Meusel den Vermieter nicht über den Charakter seines Unternehmens aufgeklärt hatte. Im Januar 2009 war „Narvik“ innerhalb Magdeburgs umgezogen. Seither haben zivilgesellschaftliche Aktivitäten gegen den Laden deutlich abgenommen, sicher auch, weil der neue Standort nicht in der Innenstadt liegt. Im Bereich der Versandhandel ist eine noch höhere Fluktuation zu verzeichnen.

Einer der älteren Versände aus Sachsen-Anhalt ist „Odins Eye“ (Odins Auge) von Steffen Bösemer. Bösemer gehört seit Anfang der 90er Jahre zur Neonaziszene in Köthen (Anhalt-Bitterfeld). Er war Funktionär der örtlichen Neonazikameradschaft und sitzt derzeit für die NPD im Stadtrat Köthen.

Im Oktober 2006 eröffnete Bösemer ergänzend zum Mailorder mit dem „Nordic Flame“ ein Ladengeschäft in den Räumen am Markt in Bernburg, wo auch die JN Sachsen-Anhalt und ab Oktober 2007 die Bundes-JN ihre Geschäftsstellen einrichteten. Das „Nordic Flame“ zog 2008 für wenige Monate in ein Ladengeschäft auf der anderen Marktseite, bevor es in Köthen neue Räume bezog.







ISBN 978-3-934950-14-6